

DEMOKRATIE IN GEFAHR ?

Denkanstöße für die Jugendarbeit in Bremen

Eine Handreichung von pro aktiv gegen rechts – Mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven über Formen des Rechts- extremismus im Land Bremen und Handlungsmöglichkeiten für pädagogische Fachkräfte.

Einleitung

Antidemokratische und rechtsextreme Aktivitäten haben sich in den vergangenen Jahren auch im Land Bremen verstärkt. Gruppierungen wie die „Identitäre Bewegung“ richten sich gezielt an Jugendliche. Andererseits sind gerade junge Menschen von den Auswirkungen rechtsextremer und rassistischer Aktivitäten betroffen. Deshalb ist der Umgang mit rechtsextremen und antidemokratischen Einstellungen nicht nur eine Herausforderung für Politik und Sicherheitsbehörden, sondern auch ein Thema für Jugendarbeit und Schule.

Die Broschüre soll bei der Auseinandersetzung mit dem Themenbereich Rechtsextremismus in der Jugendarbeit unterstützen: Indem sie über aktuelle Erscheinungsformen von Rechtsextremismus im Land Bremen informiert und Tipps zur Bearbeitung des Themas und der Folgen anbietet.

Kapitel 1: Demokratie in Gefahr ?

1.1. Rechte Hooligans	4
1.2. Rechte Musikszene	6
1.3. Rechtsextreme Parteien	7
1.4. Reichsbürger*innen	8
1.5. Rechtspopulismus	9
1.6. „Identitäre Bewegung“	10
1.7. Neue Übergangsszenen	14
1.8. Rechtsextreme Propaganda im Netz	15

Kapitel 2: Denkanstöße für die Jugendarbeit im Land Bremen

2.1. Betroffene von Rassismus und GMF unterstützen	22
2.2. Interview: pro aktiv gegen rechts	23
2.3. Die intersektionale Perspektive	26
2.4. Organisation von Solidarität, Empathie und Unterstützung offline und online	27
2.5. Umgang mit komplexen und uneindeutigen Problemlagen	29
2.6. Stimmen von benachteiligten Gruppen sichtbar machen & stärken	32
2.7. Aufklärung über die Verbrechen der NS-Diktatur	34
2.8. Interview: Denkort Bunker Valentin	35

Kapitel 1: Demokratie in Gefahr?

In ganz Deutschland und damit auch im Land Bremen werden seit einigen Jahren verstärkt demokratische Werte und Institutionen in Frage gestellt. Dies äußert sich in der Abwertung von bestimmten Gruppen und Minderheiten, oder durch Angriffe auf demokratische Verfahren und Prinzipien. Jugendliche sind einerseits mit dieser Tendenz konfrontiert, mitunter sogar unmittelbar davon betroffen. Andererseits versuchen Gruppierungen und Akteur*innen des rechtsextremen und rechtspopulistischen Spektrums mittels Online-Propaganda ihre antidemokratischen Positionen auch in den Köpfen junger Menschen zu verankern.

Im Kapitel 1 gibt diese Broschüre einen Überblick über rechtsextreme und rechtspopulistische Tendenzen im Land Bremen und gibt erste Tipps zur Bearbeitung der Problemlagen.

1.1. Rechte Hooligans

4

1.2. Rechte Musikszene

6

1.3. Rechtsextreme Parteien

7

1.4. Reichsbürger*innen

8

1.5. Rechtspopulismus

9

1.6. „Identifäre Bewegung“

10

1.7. Neue Übergangsszenen

14

1.8. Rechtsextreme Propaganda im Netz

15

Auf einen Blick:

Rechtsextremistische Vorfälle im Land Bremen

Rechtsextremismus und Rassismus, Antisemitismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit¹ äußern sich nicht nur in Demonstrationen. Sie führen mitunter zu Gewalt oder Straftaten, die andere herabsetzen und einschüchtern sollen. Viele dieser Straftaten bleiben im Verborgenen, weil sich die Opfer nicht trauen, die Vorfälle anzuzeigen. Oft wird der menschenfeindliche Kontext der Taten nicht bekannt. Die folgenden Fälle aus dem Jahr 2017 sind dementsprechend alles andere als eine umfassende Auflistung, sondern dienen lediglich der Veranschaulichung.

Im Januar 2017 wird eine 14-jährige Schülerin in Bremen-Vahr von zwei Jugendlichen rassistisch beleidigt und anschließend zu Boden geschubst und getreten¹.

Im März 2017 wird ein Jugendlicher in der Straßenbahn geschlagen und rassistisch beleidigt, nachdem der Täter ihn gefragt hat, ob er ein Flüchtling sei².

Im April 2017 wird ein Grab auf dem jüdischen Friedhof in Bremen-Hastedt mit einem Hakenkreuz beschmiert².

Im August 2017 wird ein Gedenkstein vor der Synagoge in Bremerhaven mit einem Hammer beschädigt².

Im November 2017 besprühen Unbekannte die Synagoge in Bremerhaven mit einem Hakenkreuz³.

Im Dezember 2017 besprühen Unbekannte den Denkort Bunker Valentin mit der Botschaft „Stoppt den Schuldult“⁴.

Rechte Hooligans

Werder Bremen und seine Fanszene sind heute bundesweit eher für Kampagnen gegen Rechts und für eine offene Gesellschaft bekannt. Das war nicht immer so, sondern ist das Ergebnis eines Jahrzehnte andauernden Engagements.

Strukturen und Personen, die früher die Fankurve mit rechtsextremen Themen dominiert haben, sind auch heute noch aktiv. Sie kommen nur noch selten ins Stadion und ihre bekannteste Gruppe „Standarte Bremen“ musste sich auflösen, um einem Verbot zuvor zu kommen. Trotzdem sind rechtsgerichtete Hooligans nach wie vor eine der präsenten Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in Bremen.

Im Umfeld des Stadions tragen sie vor Spieltagen offen rechtsextreme Symbole und schüchtern Andersdenkende mit ihrer Präsenz ein. Punktuell kommt es dabei auch immer wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit Fangruppen, die sich politisch links verorten.

Darüber hinaus sind Personen aus der rechten Bremer Hooligan-Szene in bundesweiten und europäischen Vernetzungen rechter Hooligans von zentraler Bedeutung. Sie sind im Vorfeld großer Demonstrationen des Spektrums an der Mobilisierung aktiv beteiligt und übernehmen Funktionen in Zusammenschlüssen der Hooligan-Szene. Aufgrund dieser Zusammenschlüsse sollte das Spektrum rechtsextremer Hooligans heute nicht mehr als „gewaltbereite Fußballfans“ verharmlost werden. Vor Demonstrationen der Szene lautet das Motto längst: „In den Farben (gemeint sind die Farben der Fußballvereine) getrennt, in der Sache (gemeint ist das geteilte rechtsextreme Weltbild) vereint“. Dies zeigt, hier geht es nicht um die Unterstützung von Fußballclubs, sondern um die Durchsetzung und Verbreitung menschenverachtender Einstellungen. In ihrer Außendarstellung gibt sich die Szene dennoch gerne unpolitisch: „Fußball ist Fußball und Politik ist Politik“, hört man beispielsweise von Szene-Mitgliedern, wenn Kampagnen gegen Rassismus in Stadien durchgeführt werden.

Teile der Szene wenden sich, aufgrund der Gegenwehr, bewusst vom Bundesligaclub ab und versuchen gezielt in den Fankurven kleinerer Vereine ihr Gedankengut zur Schau zu stellen. Für betroffene Vereine ist eine Reaktion oft schwierig: Zunächst freut man

sich über das vermeintliche Interesse an den Spielen des Clubs. Wenn dann offensichtlich wird, dass es den neuen Anhänger*innen keineswegs nur um Fußball geht, sondern auf Bannern plötzlich rechtsextreme Parolen zu lesen sind oder in Sprechchören gegnerische Spieler*innen und Anhänger*innen rassistisch beleidigt werden, sind die ehrenamtlichen Strukturen der Vereine schnell überfordert.

Zudem hat sich ein Teil der rechten Hooligan-Szene dem Kampfsport zugewendet. Vor allem im MMA (Mixed Martial Arts) finden sich zunehmend Überschneidungen zum rechten Hooliganmilieu. Neonazis und rechte Hooligans organisieren dabei eigene rechte Kampfsportevents, wie zum Beispiel „Kampf der Nibelungen“⁵. Große Teile der MMA-Szene sind allerdings nicht rechts und vor allem im professionellen Bereich wird darauf geachtet, sich von der rechtsextremen Kampfsportszene abzugrenzen. Dennoch kommt es auch bei solchen Kampfsportveranstaltungen immer wieder vor, dass Kämpfer mit rechtsradikaler Gesinnung antreten.



Martialischer Modegeschmack: Hools wollen mit ihrem Auftritt einschüchtern.



ein Thema für die Jugendarbeit:

Da die Hooligan-Szene grundsätzlich als gewaltbereit eingeschätzt werden muss, ist die Konfrontation mit Mitgliedern dieses Spektrums mit einem erheblichen Risiko verbunden. Die Hemmschwelle, andere (auch mit Gewalt) einzuschüchtern, kann sehr niedrig sein: Das Tragen politisch linker Buttons oder Kleidung, eine dunklere Hautfarbe oder eine Unterhaltung in einer Fremdsprache können der Szene bereits ausreichen.

Jenseits von unmittelbarer Gewalterfahrung schüchtert auch das Wissen um die Präsenz der Szene viele Jugendliche ein: Sie meiden beispielsweise an Spieltagen öffentliche Verkehrsmittel oder bestimmte Orte, an denen die Szene häufiger auftritt.

Wenn Rechtsextreme gezielt und in Gruppen die Tribünen kleinerer Vereine unterwandern, verfolgen sie dabei häufig die Absicht, eine Vorherrschaft über politische Themen zu erzielen. Dazu schüchtern sie gezielt Menschen ein, die sich beispielsweise kritisch äußern, wenn rassistische Parolen skandiert werden. Für Jugendliche kann dies bedeuten, dass sie sich aus dem Stadion und dem Verein zurückziehen und damit wichtige soziale Anknüpfungspunkte verlieren. Über ihre Kampfsport-Aktivitäten versucht die Hooligan-Szene auch Jugendliche und junge Erwachsene als Mitglieder zu rekrutieren.

Tipp:
Das aktive Engagement von Werder Bremen und seiner Fanszene äußert sich auch in den Projekten des Bremer Fanprojekts. Jugendgruppen und Schulklassen können Workshops und Stadionführungen gegen Diskriminierung und Rechtsextremismus buchen.

Kontakt:
fanprojektbremen.de/lernzentrum/
Telefon: 0421 498024
lernzentrum@fanprojektbremen.de

Rechte Musikszene

Bremen hat eine aktive rechtsextreme Musikszene. Die am meisten vertretene Stilrichtung der Bands wird auch als „Rechtsrock“ bezeichnet. Die Verknüpfungen zwischen den Bands und der Szene der rechtsextremen Hooligans sind in Bremen besonders präsent. Die Protagonist*innen des bremischen Rechtsrocks sind inzwischen etwas „in die Jahre gekommen“. Dennoch kommt es immer wieder zu Umbesetzungen, Umbenennungen, Neugründungen von Bands und Neuerscheinungen von Alben.

Früher war deren Vertrieb über rechtsextreme Musiklabels üblich und fand entsprechend vor allem innerhalb organisierter rechtsextremer Kreise statt. Mit sogenannten „Schulhof-CDs“, die vor Schulen verteilt wurden, versuchte man die Musik und ihre rechtsextremen Texte auch an Jugendliche außerhalb der eigenen Szene heranzutragen. Dieser Umweg ist heute nicht mehr erforderlich: Über Plattformen wie YouTube ist der Verbreitung inzwischen keine Grenze mehr gesetzt. Der Sänger der rechtsextremen Band „FLAK“ umreißt in einem Interview mit einem rechtsextremen Szenemagazin die Bedeutung Sozialer Netzwerke für die Rechtsrock-Szene: „You-

Tube, Facebook, VK (russische Plattform, beliebt bei Rechtsextremen, Anm. d. Red.) und so weiter sind Geschenke, die man nur nutzen muss“⁶.

Aus Bremen kommt, neben einigen anderen Bands, mit „Kategorie C“, eine der relevantesten Bands im deutschsprachigen Rechtsrock. Bundesweit hat die Gruppe Fans und ihre Konzerte werden mitunter von hunderten Menschen besucht. Auf YouTube werden die Clips der Band zehntausendfach geklickt, einige wurden sogar über eine Million mal aufgerufen.

Gezielt unterstützt „Kategorie C“ mit Auftritten auf Demonstrationen auch andere rechtsextreme Gruppierungen bei der Mobilisierung und Anwerbung neuer Mitglieder. So waren Personen aus dem Umfeld von „Kategorie C“ maßgeblich an den Vorbereitungen zu den gewalttätigen, muslim*innenfeindlichen „Hogesa“-Demonstrationen beteiligt. Die Band trat auf der ersten Demonstration in Köln selbst auf.

Tipp:

Beziehen Sie bei der Beratungsstelle pro aktiv gegen rechts das Plakat „Weißt du was sie singen“, mit ausführlichen Informationen zur Bremer Rechtsrock-Szene und ihren Bands.

pro aktiv gegen rechts – Mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven

Kontakt:

0421-96038493

proaktiv@vaja-bremen.de



„Kategorie C - Hungrige Wölfe“ ist Bremens erfolgreichste Rechtsrock-Combo.

ein Thema für die Jugendarbeit:

Rechtsrock spielt vor allem bei der Anwerbung neuer Mitglieder eine entscheidende Rolle. Über die Texte der Musik soll ein niedrigschwelliger Einstieg in rechtsextremes Gedankengut geschaffen werden. Dieser Effekt wird dadurch verstärkt, dass Jugendliche über YouTube die Musik weitgehend ohne soziale Kontrolle aufrufen können. Über Vorschläge anderer Videos gelangen die Hörer*innen schnell auf Clips, die das Weltbild vertiefen.

Für Jugendliche, die von Rassismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betroffen sind, transportieren die Texte eine eindeutige Botschaft: Sie vermitteln ihnen ein Gefühl von Bedrohung. Räume, in denen diese Musik ohne Konsequenzen abgespielt wird, sind für betroffene Jugendliche ungeschützte Räume, die sie sehr wahrscheinlich nicht länger aufsuchen werden.

Rechtsextreme Parteien

Im Land Bremen sind rechtsextreme Parteien seit Jahren in einem schwachen Zustand. Zu Wahlen angetreten ist in der Vergangenheit nur die NPD. Bei der Bundestagswahl 2017 verlor die Partei weitere 0,6 % ihrer Stimmen im Vergleich zu 2013. Lediglich 264 Zweitstimmen konnte die Partei erzielen und lag damit bei 0,1 % im Wahlergebnis.

Neben der NPD ist auch die Kleinstpartei „Die Rechte“ in Bremen aktiv. 2013 scheiterte ein erster Versuch, einen Bremer Landesverband von „Die Rechte“ zu gründen. Die Parteimitglieder blieben allerdings aktiv und fielen durch ihre Präsenz bei Demonstrationen in Kirchweyhe 2013 auf. Zudem gab es rassistische Wurfsendungen gegen Asylbewerber*innen-Unterkünfte in den Jahren 2014 und 2015. 2018 gelingt schließlich die Gründung eines Bremer Landesverbandes. Durch Aufkleber-Aktionen in Bremen-Nord und Bremerhaven versuchte „Die Rechte“ Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Zudem kündigten sie an, 2019 bei den Bürgerschaftswahlen antreten zu wollen.

Die schlechten Wahlergebnisse sind nicht nur in einem bundesweiten Trend begründet. Im Land Bremen gerieten die rechtsextremen Parteien frühzeitig durch rechtspopulistische Konkurrenz ins Hintertreffen. Die Bremer Parteien im rechtsextremen Spektrum sind darüber hinaus von internen Konflikten und organisatorischer Schwäche geprägt.

Dennoch sind die Parteien immer wieder im Stadtbild präsent: Bei Wahlen plakatieren sie weiträumig ihre kaum verklausulierten rassistischen Botschaften auf Plakaten. Auch Parteien, die in Bremen gar nicht antreten (z.B. die „Republikaner“), hängen mitunter ihre Propaganda an Bremer Straßenlaternen auf.

ein Thema für die Jugendarbeit:

Auch wenn das Spektrum der rechtsextremen Parteien in Bremen ein Nischendasein fristet, ist deren Wahlkampfpropaganda für Betroffene von Rassismus eine Zumutung. Plakate mit stigmatisierenden Botschaften hängen öffentlich sichtbar in den Straßen. Während des Bürgerschaftswahlkampfs 2015 setzte eine Partei sogar bewusst auf die Provokation von Jugendlichen: Sie hängte ein diffamierendes Plakat direkt gegenüber einer Unterkunft für unbegleitete minderjährige Geflüchtete auf.

Reichsbürger*innen

Die Reichsbürger*innen-Szene gerät bundesweit immer mehr ins Blickfeld. Hintergrund dafür sind vor allem Straftaten mit Waffengewalt gegen Polizeibeamt*innen.

Die Szene gilt allgemein als sehr zersplittert, jedoch gibt es eine die Einzelgruppen übergreifende Klammer: Alle lehnen das politische System der Bundesrepublik grundlegend ab und leugnen die Legitimität von staatlichen Organen wie Gerichten, Verwaltung und Polizei. Mit ihrer Propaganda zielen sie vor allem auf Menschen, die mit staatlichen Institutionen in Konflikt stehen, beispielsweise Bußgelder oder Steuern nicht zahlen wollen.

Darüber hinaus ist die Ideologie der Reichsbürger*innen-Szene ähnlich aufgebaut wie eine Verschwörungstheorie: Staatliche Organe seien unrechtmäßig und lediglich als „Agenten“ einer „Machtelite“ aktiv. Durch dieses Gedankengut ergeben sich viele Überschneidungen und Anknüpfungspunkte zu Menschen, die anderen Verschwörungstheorien anhängen.

Im Land Bremen rechnete die Behörden für das Jahr 2017 120

Personen der Reichsbürger*innen-Szene zu⁷.

Einige bremische Reichsbürger*innen legen insbesondere in Sozialen Netzwerken das Szene-typische „Trollverhalten“ an den Tag: Das heißt, sie posten auf Facebook und Co massenhaft Kommentare mit Reichsbürger*innen-Propaganda, auch bei Themen und Diskussionen, die eigentlich kaum oder gar keine Anknüpfungspunkte liefern. Darüber hinaus wurden während der letzten Wahlkämpfe immer wieder Plakate mit Botschaften der Reichsbürger*innen-Szene gesichtet. Diese sind oft in Form kleinteiliger Collagen gestaltet, rufen zum Wahlboykott auf und enthalten mitunter volksverhetzende und den Holocaust leugnende Parolen. Antisemitische Verschwörungstheorien und Geschichtsrevisionismus sind bei den Reichsbürger*innen sehr stark verbreitet, da ihre Weltanschauung mit diesen oft eng verknüpft ist.

Manche Reichsbürger*innen tragen Phantasie-Uniformen

ein Thema für die Jugendarbeit:

Die Propaganda der Reichsbürger*innen-Szene ist grundsätzlich recht weit von der Lebenswelt von Jugendlichen entfernt. Dennoch ist es wahrscheinlich, dass Jugendliche in Sozialen Netzwerken mit ihren Botschaften konfrontiert sind. Außerdem sind gerade Heranwachsende anfällig für Verschwörungstheorien, die oft an Narrative aus Spielfilmen angelehnt sind und sogar von bekannten Popmusiker*innen rezipiert werden. Darüber hinaus ist das Gedankengut von Reichsbürger*innen in einigen Subkulturen relativ weit verbreitet: In der sogenannten „Prepper-Szene“ oder „Survival-Szene“ – gemeint sind Menschen, die sich auf eine Krise vorbereiten – werden Reichsbürger*innen und ihr Weltbild oft akzeptiert und geduldet.

Tipp:

Lehrer*innen & Jugendarbeiter*innen sollten verstärkt auf die Entwicklung von Medienkompetenz bei Jugendlichen hinwirken. Die Reichsbürger*innen-Szene sowie andere Verschwörungstheoretiker*innen nutzen häufig gefälschte Nachrichten in den Sozialen Medien, um Nutzer*innen mit ihrer Weltsicht zu konfrontieren.

Rechtspopulismus

In Bremen hat Rechtspopulismus eine längere Tradition als in vielen anderen Bundesländern. Mit den „Bürgern in Wut“ gab es bereits vor Gründung der AfD eine relevante Partei, die sich rechtspopulistischer Stilmittel bediente. Diese kennzeichnen sich durch eine doppelte Abgrenzung: Zum einen grenzen sich die Parteien „nach oben“ von vermeintlichen Eliten (die sie beispielsweise als „Altparteien“ diffamieren) ab und beschreiben sich selbst dagegen als „Stimme des Volkes“. Zum anderen grenzen sich die Parteien „nach außen“ ab. Diese Abgrenzung zeigt sich vor allem in Kampagnen und politischen Forderungen gegen Zuwanderung.

Rechtspopulistische Parteien setzen bewusst auf Tabubrüche und Provokationen, um Aufmerksamkeit zu erzielen. Ihre Äußerungen zielen dabei darauf ab, die „Grenzen des Sagbaren“ zu verschieben. Durch die ständige Wiederholung von Ressentiments und rassistischen Thesen soll eine entsprechende Politik normalisiert werden.

Insbesondere setzen rechtspopulistische Parteien dabei auf Angstkampagnen, die bestimmte Gruppen als besonders straffällig und kriminell stigmatisieren. In Bremen zeigte sich dies beispielhaft an einer rechtspopulistischen Kampagne gegen unbegleitete minderjährige Geflüchtete in den Jahren 2014 und 2015. In deren Folge kam es zu Schwierigkeiten und Protesten, wenn in einem Stadtteil eine Jugendhilfeeinrichtung für unbegleitete minderjährige Geflüchtete eingerichtet werden sollte.

Rechtspopulistische Kampagnen werden nicht nur auf dem Rücken von geflüchteten Menschen ausgetragen. Sie richten sich häufig auch gegen Muslim*innen, Menschen mit türkischer Abstammung oder allgemein mit Migrationserfahrung. Bei bestimmten Anlässen machen rechtspopulistische Parteien jedoch auch Stimmung gegen LGBTQI, gegen Menschen mit Behinderung, Sinti und Roma oder Menschen jüdischen Glaubens. Ihre Kampagnen können grundsätzlich alle gesellschaftlichen Minderheiten treffen.

ein Thema für die Jugendarbeit:

Auch wenn rechtspopulistische Parteien bislang nicht am Kabinetttisch sitzen: Ihre Propaganda erzielt durch ihre Wahlerfolge breite Wirkung. Diese bekommen Jugendliche mittelbar zu spüren. Die Angstkampagnen führen zu einer nachhaltigen Stigmatisierung, insbesondere von jungen Männern und Jugendlichen mit Migrationserfahrung. Die Folge können abwertende Äußerungen im Alltag aber auch häufige Polizeikontrollen an Treffpunkten sein. Dies können Jugendliche als Verdrängung aus dem öffentlichen Raum erleben, die mit einem Verlust von sozialen Austauschmöglichkeiten verbunden ist.

Darüber hinaus führt die rechtspopulistische Propaganda zu einem Gefühl der Ausgrenzung. Oft äußert sich dies für Jugendliche mit Migrationserfahrung in einem Rechtfertigungsdruck: Sie müssen sich und ihre Zugehörigkeit zur Gesellschaft erklären.

Die andauernde Präsenz rechtspopulistischer Thesen und die daraus hervorgehende Polarisierung der Gesellschaft ermüdet nicht nur Erwachsene. Auch Jugendliche bekommen diese Entwicklungen mit und können sich im Umgang damit hilflos und machtlos fühlen. Dies kann dazu führen, dass eigene politische Standpunkte nicht mehr gesucht, formuliert oder geäußert werden.

Tipp:

Beziehen Sie bei der Beratungsstelle pro aktiv gegen rechts die umfangreiche Broschüre „Hinter der Fassade: Rechtspopulistische Strategien und Argumentationsmuster“ mit ausführlichen Hintergrundinformationen und Expert*innen-Interviews zum Phänomen Rechtspopulismus. Bestellung per Mail: proaktiv@vaja-bremen.de



„Identitäre Bewegung“

Was ist die „Identitäre Bewegung“ (IB)?

Die rechtsextreme „Identitäre Bewegung“⁸ schafft es immer wieder in die Schlagzeilen. Einer breiteren Öffentlichkeit wurde sie erstmals durch die Besetzung des Brandenburger Tors im August 2016 bekannt. Diese Form der Aktion, die vor allem auf mediale Verwertbarkeit ausgelegt ist, ist typisch für die Identitären. Der IB gelingt es so immer wieder, die öffentliche Aufmerksamkeit auf rechte Parolen und Propaganda zu lenken. Dabei ist die Gruppierung recht klein. Expert*innen zählen bundesweit bis zu 400 Personen zur IB. Viele ihrer Kader stammen entweder aus der rechten Szene oder aus Burschenschaften.

Die „Identitäre Bewegung“ wurde nach dem Vorbild der französischen „Génération identitaire“⁹ aufgebaut. Nach ihrer Gründung in Deutschland 2012 schien die IB zunächst hauptsächlich im Internet präsent zu sein. Für fast jede größere Stadt in Deutschland gab es einen Facebook-Account¹⁰, real

In Bremen:

In Bremen liegt die Mitgliederzahl der Identitären im niedrigen zweistelligen Bereich. Vor allem seit Ende 2016 ist die IB in Bremen aktiv. Unter den Mitgliedern befinden sich Personen, die zuvor in anderen rechtsradikalen Organisationen tätig waren, etwa der NPD-Jugendorganisation JN¹¹. Zudem gibt es personelle Überschneidungen mit der Jugendorganisation einer rechtspopulistischen Partei.

Auch in Bremen hat die IB einige Aktionen durchgeführt. Im Mai 2017 besetzten die Identitären zum Beispiel kurzzeitig ein Segelschiff an der Schlachte und entfalteten ein Banner. Im August 2017 verteilten sie Flyer bei einem Wahlkampfauftritt von Merkel.

in Erscheinung getreten sind die Identitären in den ersten Jahren jedoch kaum. Erst seit 2016 ist die Gruppe aktiver. Die deutschen Identitären sind dabei eng verknüpft mit der IB in Österreich. Identitäre Gruppen gibt es darüber hinaus auch in Italien und Großbritannien.

Wie tickt die IB?

Die „Identitäre Bewegung“ ist eng verknüpft mit der Neuen Rechten und dient ihr als Vehikel um ihre Ideologie zu verbreiten und Einfluss auf den gesellschaftlichen Diskurs zu gewinnen. Die Identitären verfolgen das Ziel, mediale Aufmerksamkeit für die Themen der „Neuen Rechten“ zu erzeugen. Personell ist sie eng an den neurechten Thinktank „Institut für Staatspolitik“¹² angebunden: Ein neurechter Publizist aus Schnellroda spielte eine zentrale Rolle bei der Entstehung der „Identitären Bewegung“ und gilt bis heute als eine der maßgeblichen Figuren. Zentrale Begrifflichkeiten und Thesen der Neuen Rechten, wie etwa die des „großen Austausches“ werden durch die Identitären bei ihren Aktionen verwendet. Der „große Austausch“ ist eine krude Verschwörungstheorie, die auf das gleichnamige französische Buch¹³ zurückgeht und besagt, dass die „Eliten“ vorhätten, die Bevölkerung Europas durch Migrant*innen auszutauschen.

Eine zentrale ideologische Komponente ist der sogenannte „Ethnopluralismus“. Im Ethnopluralismus wird behauptet, dass unterschiedliche Kulturen räumlich abgegrenzt voneinander erhalten werden sollen. Im Grunde genommen führt die Theorie zu einer Art globalen Apartheid, die auf einem völlig veralteten Kulturbegriff fußt. Kultur wird hier als monolithisches und unveränderliches Gebilde verstanden, das Menschen quasi angeboren ist. Dieses starre Kulturverständnis können Identitäre analog zum Rassismus nutzen - sie verwenden anstelle eines biologistischen Rassismus einen kulturellen Rassismus.

Die „Identitäre Bewegung“ achtet auf ihre Aussendarstellung. Die Farben Gelb und Schwarz und das Lambda-Logo bilden eine Art Corporate Identity.



Zum Ausdruck kommt diese Weltanschauung häufig in muslim*innenfeindlicher Propaganda. Ein zentrales Motiv der Identitären ist zum Beispiel die „Reconquista“. Dieser Begriff verweist auf die Entstehung christlicher Staaten im Mittelalter auf der iberischen Halbinsel unter Zurückdrängung des dortigen muslimischen Herrschaftsgebietes. Mit solchen geschichtlichen Anspielungen versucht die IB eine Geschichtsinterpretation zu propagieren, die durch einen langanhaltenden Konflikt zwischen Christ*innen und Muslimas*en geprägt sei.

Wie präsentiert sich die IB online?

Die „Identitäre Bewegung“ will mit ihrer Außendarstellung zum einen Größe und Relevanz simulieren, zum anderen will sie rebellisch wirken. Dies beginnt bereits bei der Selbstbezeichnung einer kleinen, hierarchisch organisierten Gruppe als Bewegung. Die IB nutzt zudem eine Art „Corporate Identity“ mit dem Lambda-Zeichen, das als Logo im Mittelpunkt steht. Das Zeichen kann als popkulturelle Referenz an die Comic-Verfilmung „300“ gesehen werden.

Viele Aktivitäten der IB sind vor allem auf die Verwendbarkeit in den YouTube-Videos ausgelegt. Mit geschickt gewählten Kameraperspektiven und musikalischer Unterfütterung werden die Aktionen für das Netz aufgepeppt. Vor Ort treten die Aktivist*innen oft nur für wenige Minuten in Erscheinung und lassen Augenzeug*innen meist eher rätselnd zurück. So zum Beispiel bei einer inszenierten Blockade des Konrad-Adenauer-Hauses in Berlin im Dezember 2016, bei der die „Blockade“ außerhalb der Öffnungszeiten stattfand. Dennoch geht diese Strategie oft auf, Medien nutzen die Bilder und reproduzieren so die Inszenierung der Identitären.

Die Sozialen Medien werden von der Gruppierung intensiv genutzt. Neben den Videos der Aktionen wird auf unterschiedlichen YouTube-Kanälen von Aktivist*innen der IB das Tagesgeschehen kommentiert und die eigene Ideologie verbreitet. Auch andere Plattformen wie Facebook, Twitter und Instagram werden von der IB intensiv genutzt.

IB: Trickserien im Netz:

Im Netz kann die „Identitäre Bewegung“ selbst entscheiden, welches Bild sie nach Aussen vermitteln will. Die Gruppierung nutzt dies geschickt aus: Mit Methoden der Manipulation und Simulation stellt sie sich anders dar, als sie in Wirklichkeit ist:



Simulation einer bürgerlichen Fassade durch „Gesicht zeigen“

Die Identitären betonen immer wieder, dass sie den Mut hätten, für ihre Ideen einzustehen und „Gesicht zu zeigen“. Damit wollen sie beim Publikum ihrer Videos den Eindruck erzeugen, sie seien harmlos und für ihr Gedankengut bräuchten sie sich nicht zu schämen. Diese Strategie ist auch eine wesentliche Abgrenzung zu anderen rechtsextremen Szenen, die sich meist nicht offen zu erkennen geben.

*Tatsächlich zeigen jedoch längst nicht alle Identitären ihr Gesicht: Im Gegenteil - die Meisten geben sich nicht zu erkennen. Lediglich die bereits enttarnten Aktivist*innen posieren offen im Netz. Übrigens: Viele von ihnen haben keine bürgerliche Vergangenheit, sondern waren in anderen rechtsextremen Gruppen aktiv.*



Simulation eines rebellischen Gestus durch „aufgemotzte“ Aktionen

Im Netz trägt die IB gerne dick auf. Da werden Aktionen als „erfolgreicher Widerstand“ tituliert oder von „Besetzungen“ gesprochen. Die meisten Aktionen der IB wirken für Augenzeug*innen dagegen sehr unspektakulär. Denn sie dauern oft nur wenige Minuten: Banner werden entrollt, abgefilmt und anschließend schon wieder weg gepackt. Oft ergibt sich der „Sinn“ der Aktionen nur durch die Begleittexte und Aufbereitung im Netz.

Tatsächlich sind die meisten Aktionen der „Identitären Bewegung“ nicht als ziviler Ungehorsam zu fassen. Obwohl sie sich in Videos und Co als mutige Bewegung inszenieren, achten die Mitglieder genau darauf, dass ihre Aktivitäten möglichst ohne Konsequenzen bleiben.



Simulation von Reichweite durch manipulierte Klickzahlen

Bei vielen Videos aus dem Umfeld der Identitären Bewegung staunt man über die enormen Klickzahlen. Selbst relativ unspannende Videoserien werden, den Zahlen zu Folge, tausende Male aufgerufen.

Sehr wahrscheinlich sind die Klickzahlen vieler Videos der Identitären Bewegung manipuliert: Klicks und Aufrufe können für wenig Geld eingekauft werden.

Simulation einer Massenbewegung durch geschickte Bildperspektiven

Schon die Selbstbezeichnung als „Bewegung“ zeigt auf, wie sich die IB verkauft: Als starke Gruppierung mit großer Mitgliederzahl. Um diesen Eindruck zu verstärken, setzt die IB auf geschickte Bildperspektiven. Demonstrationen werden bewusst aus Winkeln fotografiert, die den Eindruck erzeugen, jenseits des Bildrands stünden tausende weitere Menschen. Auffällig ist auch, dass viele Aktionen - egal wo sie stattfinden - von den selben Akteur*innen durchgeführt werden.

*Tatsächlich verfügt die „Identitäre Bewegung“ kaum über mehr Mitglieder als rechtsextreme Kleinstparteien, die in der öffentlichen Wahrnehmung kaum eine Rolle spielen. Bei Demonstrationen zeigt sich dies: Die „Identitäre Bewegung“ kann hier häufig nur Anhänger*innen im unteren dreistelligen Bereich mobilisieren.*



Neue Übergangsszenen

Viele rechte Kundgebungen, Demonstrationen und Äußerungen, die in Bremen während der letzten Jahre stattfanden, gehen nicht mehr auf das Konto einschlägig bekannter Gruppierungen aus dem rechtsextremen Spektrum zurück.

Häufig stehen dahinter Bündnisse mit kurzer Halbwertszeit. Meist formieren diese sich zunächst in Sozialen Netzwerken, bevor sie im Stadtbild sichtbar werden. Die Themen und Anlässe dieser Bündnisse sind unterschiedlich, häufig haben sie aber eine geflüchteten- oder muslim*innenfeindliche Ausrichtung.

ein Thema für die Jugendarbeit:

Ebenso wie Erwachsenen fällt es Jugendlichen schwer, mit dieser Entwicklung Schritt zu halten und den Überblick zu bewahren. Heute ist es daher wichtiger denn je, nicht nur über Gruppierungen und Strukturen des Rechtsextremismus aufzuklären, sondern Jugendliche in die Lage zu versetzen, selbst menschenfeindliches Gedankengut entlarven zu können. Jugendliche sollten, unabhängig von der jeweiligen Gruppierung, eine eigene Meinung und Position zu deren Inhalten entwickeln können.

Dennoch nutzen rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien und Gruppierungen diese Bündnisse häufig als Plattform für ihre Propaganda. Sie beteiligen sich an den Demonstrationen und wirken in den Sozialen Netzwerken aktiv an der Mobilisierung mit. In einigen Fällen schlossen sich Initiator*innen solcher Gruppierungen später rechtspopulistischen Parteien an.

Tipp:

Workshops zu Themen wie Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, die sich speziell an Jugendliche richten, werden von der Initiative „Courage“ der DGB-Jugend Niedersachsen/Bremen angeboten

*Weitere Informationen zu den Workshops erhalten Sie bei den Jugendbildungsreferent*innen der DGB Jugend Bremen.*

Kontakt:
nbs-jugend.dgb.de/bildung/courage
dgb-jugend.hb@dgb.de

Vom Smartphone in die Köpfe:

Rechtsextreme Propaganda im Netz

Hassbotschaften in der Hosentasche. Jugendliche bewegen sich ständig im Netz und sehen dort auch rechte Inhalte.



Wer sich heute mit rechtsextremer Propaganda und der Ansprache von Jugendlichen beschäftigt, muss sich zwangsläufig auch mit deren Erscheinungsformen im Internet auseinandersetzen. Dort können sich rechtsextreme Gruppierungen nahezu ungehindert präsentieren und selbst darüber bestimmen, welches Bild sie von sich vermitteln.

Expert*innen gehen davon aus, dass nahezu jeder Jugendliche, der sich regelmäßig im Netz bewegt, irgendwann mit rechtsextremer Propaganda in Berührung kommt. Beispielsweise in Form von Hasskommentaren auf Facebook und Twitter, über rassistische Memes (Bild-Text-Kombinationen) oder die Kanäle von rechtsextremen Gruppierungen.

Für die rechtsextreme Szene sind die Sozialen Netzwerke dadurch zum wichtigsten Medium zur Verbreitung ihrer Propaganda geworden. Sie verbreiten dort nicht nur ihr Weltbild, sondern mobilisieren auch zu Massenveranstaltungen wie Demonstrationen, Rechtsrock-Konzerten oder Kampfsport-Events der Szene.

In den folgenden Abschnitten nehmen wir einige der Strategien der rechten Szene im Netz genauer unter die Lupe.

Jugendliche und Rekrutierung

Vor allem junge Menschen informieren sich über Nachrichten, aber auch über persönliche Probleme, in erster Linie über das Internet. Laut der JIM-Studie 2017¹⁴ nutzen 41% der Jugendlichen häufig das Internet, um sich Informationen über das Weltgeschehen zu besorgen, 18%

Tipp:

Über aktuelle Strategien der rechten Szene zur Ansprache von Jugendlichen informiert fortlaufend das Angebot hass-im-netz.info von jugendschutz.net

*Workshops zum Thema bietet das Projekt [#denk_net](https://www.denk-net.de) vom Servicebureau an.
Kontakt:
0421 / 33 00 89 -20
denknet@jugendinfo.de*

informieren sich häufig über Facebook. Mit großem Abstand ist allerdings YouTube die meistgenutzte Online-Plattform von Jugendlichen.

YouTube-Stars

Auf YouTube gibt es mittlerweile ein mannigfaltiges Angebot an rechten Kanälen. Das Spektrum rechter YouTuber*innen reicht dabei von Identitären und Neurechten, über Verschwörungstheoretiker*innen bis zu Neonazis. Durch die Nutzung von YouTube-Videos versuchen Rechtsradikale vor allem eine jugendliche Zielgruppe anzusprechen. Dabei werden häufig Bezüge aus der Pop- und Internetkultur genutzt, um Jugendliche zu erreichen. Rechte Propaganda wird mit Lifestyle-Tipps und Alltagsproblemen vermengt, um sie nahbarer und harmloser wirken zu lassen.

Die Themen der Videos werden dabei häufig an der Tagesaktualität ausgerichtet und so ausgewählt, dass sie in den algorithmenbasierten Ranglisten der Videoplattform leicht auffindbar sind. Vor allem erfolgreiche rechte YouTuber*innen benennen und verschlagworten ihre Videos so, dass sie bei entsprechenden Suchanfragen unter den ersten Ergebnissen angezeigt werden.

Das Ziel der YouTube-Videos ist es vor allem, junge Nutzer*innen an rechtsradikale Lebens- und Gedankenwelten heranzuführen. Neben der Rekrutierung neuer Anhänger*innen versucht die rechtsextreme Szene ihr Gedankengut über Videoformate im öffentlichen Diskurs zu verankern. Während Neonazis vor einigen Jahren noch sogenannte Schulhof-CDs verteilen mussten, um Jugendliche anzusprechen, ist ihre Musik samt Videos heute mit wenigen Clicks im Netz aufzufinden.

Verpackung statt Inhalt: Moderne Inszenierungen für ein rückwärtsgewandtes Weltbild

Rechtsextremist*innen haben in den letzten Jahren erkannt, wie wichtig ein zeitgemäßes Design für ihre Propaganda ist. Mit modernen Inszenierungen versuchen sie, an die Lebenswelt von jungen Menschen anzuknüpfen. Oft verzichten sie dabei zunächst weitgehend auf die Vermittlung ideologischer oder politischer Inhalte. Stattdessen steht die Wirkung auf die Zielgruppe im Vordergrund. Bei jungen Menschen, die mit der Propaganda konfrontiert sind, soll der Eindruck entstehen, es handele sich um eine angesagte Gruppierung, zu der man selbst dazugehören möchte. Insbesondere bei rechtsextremen Auftritten auf der Plattform Instagram lässt sich dieser Trend beobachten. Anstelle politischer Botschaften werden hier sorgsam ausgewählte Fotos präsentiert, die die Account-Betreiber*innen als moderne und erlebnisorientierte Menschen präsentieren. Bewusst werden dabei aktuelle Trends aus den Bereichen Innenarchitektur, Motive aus beliebten Fernsehserien oder Szene-Getränke in den Bildern platziert, um Anknüpfungspunkte an die jugendliche Zielgruppe zu schaffen.

Selbst der NPD-Bundesvorsitzende setzt auf diese Strategie: Sein Instagram-Account sieht auf den ersten Blick wie ein Fashion-Blog für Männermode aus. Nur ab und an sind zwischen den Bildern von Socken und Hosenträgern Propagandamaterialien der NPD zu sehen.

Deutlich wird der Effekt auch in den Internetauftritten unter dem Titel „Radikal feminin“: Die Accounts werden von Mitgliedern der „Identitären Bewegung“ betrieben. Inhaltlich wird ein zutiefst rückständiges

Geschlechterrollenbild vermittelt, dass Frauen zuvorderst auf ihre Rolle als Mütter und Partnerinnen reduziert. In der Bildsprache und Aufmachung wird jedoch mit rebellisch und modern wirkenden Grafiken gearbeitet. So soll dem antiquierten Weltbild ein zeitgemäßer Anstrich verpasst werden. Das Ziel: Junge Frauen und Mädchen sollen sich mit dem propagierten Weltbild identifizieren und dieses selbstbewusst nach außen transportieren.

Fake News und Propaganda

Seit Jahren versuchen rechte Kräfte etablierte Medien zu delegitimieren und ihren Anhänger*innen stattdessen Medien zu bieten, die ihr Weltbild bestätigen. Der (in der rechtsradikalen Szene schon lange gebräuchliche) Begriff „Lügenpresse“ fand durch die PEGIDA-Demonstrationen 2014-15 eine starke Verbreitung. In rechten Internetportalen wird behauptet, die Presse würde in ihrer Berichterstattung bewusst Dinge verschweigen und falsch berichten.

Zwar gibt es einige rechte Zeitschriften in Druckausgaben, wie etwa das Compact Magazin¹⁶ oder die Junge Freiheit¹⁷, hauptsächlich gelingt es den Rech-

in Bremen...

...gibt es verschiedene Facebook-Seiten, die strategisch nur einen bestimmten Ausschnitt der Nachrichtenlage an ihre Leser*innen weiterverbreiten. Ausgewählt werden dabei insbesondere Artikel, in denen Menschen mit Migrationserfahrung oder Muslime als Straftäter*innen vorkommen. Auch Meldungen, in denen Straftaten von politisch links eingestellten Menschen thematisiert werden, kommen in entsprechenden Timelines vor. Ebenso werden dort Artikel verlinkt, in denen die demokratischen bremischen Parteien schlecht wegkommen.

aus Bremen...

... stammen beispielsweise die rechten YouTube-Kanäle „Dunkle Eule“ und „90grad“¹⁴, die von Funktionären einer rechtspopulistischen Partei Jugend betrieben werden. Die hochgeladenen Videos beim Kanal „Dunkle Eule“ sind in der Regel rund 10 Minuten lang. Ein eingesprochener Propagandatext wird über abwechselnde Fotomotive montiert. Oft beschäftigt sich der Kanal mit geschichtspolitischen Botschaften. Argumentiert wird beispielsweise gegen einen vermeintlichen „Schuldskult“ (gemeint ist die Auseinandersetzung und das Gedenken an die Verbrechen der Nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland), bebildert wird der gesprochene Text dazu mit Fotos, auf denen sich Menschen mit Rasierklingen selbst verletzen. Rund 2000 Menschen schauen sich regelmäßig diese Videos an. Wenn es dem Kanalbetreiber gelingt, einen Bezug zu aktuell debattierten Themen herzustellen, schauen sich mehrere 10.000 User*innen die Bild-Textmontagen an.

Tipp:

Um festzustellen, ob es sich bei einem Bericht im Internet um eine Falschmeldung handelt, gibt es verschiedene Werkzeuge:

Schlagzeilen überprüfen: Bei Facebook ist es möglich, die Überschrift eines verlinkten Artikels abzuändern. Rechte nutzen dies, um Artikel aus seriösen Quellen mit reißerischen Schlagzeilen zu versehen. Deshalb sollte man die Überschrift des verlinkten Artikels mit der Überschrift des Facebook-Eintrags abgleichen.

Quellen überprüfen: Ein in den Sozialen Medien geteilter Link kann auf den ersten Blick wie ein seriöser Nachrichtenartikel wirken. Allerdings sollte man immer die Quelle überprüfen. Oft hilft es dabei, sich mithilfe von Google über die Quelle zu informieren. So kann man herausfinden, ob sie von anderen als seriös eingeschätzt wird. Bei unseriösen Quellen kommt es häufig vor, dass Fakten verfälscht oder sogar frei erfunden werden. Deshalb lohnt es sich die Behauptungen aus diesen Artikeln mit anderen Nachrichtenquellen zu überprüfen, etwa indem man danach sucht, was andere Medien zu dem gleichen Ereignis berichten.

Bilder überprüfen: Auch Bilder können manipuliert oder aus dem Kontext gerissen sein. Ob ein Bild aus dem Kontext gerissen wurde, kann in vielen Fällen mit einer Bilderrückwärtssuche, wie zum Beispiel tineye.com, nachvollzogen werden. Hier kann die URL des Bildes, das überprüft werden soll, eingegeben werden. Die Rückwärtssuche zeigt dann, wann dieses Bild schon einmal online veröffentlicht wurde. So kann man feststellen, ob das Bild bereits in anderen Zusammenhängen verwendet wurde.

Weitere Tipps zum Erkennen von Fake News finden Sie auf: www.uncoverfakenews.de

ten allerdings, reichweitenstarke Informationsportale im Internet aufzubauen. Vor allem diese Portale setzen auf eine Mischung von bewusst ausgewählten tatsächlichen Nachrichten und Falschmeldungen, um ein rechtes Weltbild zu verbreiten. Durch diese gezielte Filterung der Nachrichten soll bei Nutzer*innen etwa die Angst vor Kriminalität geschürt werden. Diese Art der Informationsverbreitung kann auch als kuratierte Nachrichtenseite beschrieben werden, da hier nur ein ganz bestimmter Ausschnitt der Nachrichtenlage präsentiert wird. Dabei setzen sie in erster Linie auf eine Verbreitung der Inhalte auf Social-Media-Plattformen.

Hetze und Manipulation

Ein weit verbreitetes Phänomen in den vergangenen Jahren waren auch Beleidigungen und Hetze durch rechte Gruppen und Einzelpersonen in den Sozialen Medien. Rechte nutzen die relative Anonymität des Internets dafür, politische Gegner*innen, Vertreter*innen von Minderheiten, Personen in der Öffentlichkeit sowie Journalist*innen anzugreifen und zu diffamieren. Diese Form der Kommunikation kann dabei nicht als Meinungsäußerung verstanden werden, sondern als eine Form der Machtdemonstration und Einschüchterung. Das Ziel dahinter ist es, die Betroffenen durch diese Form der Machtausübung „in die Schranken zu weisen“.

In der Internetsprache (aber längst auch in der Alltagssprache) haben sich verschiedene Begriffe für unterschiedliche Formen von Angriffen über Internetplattformen herausgebildet. Die Trennung dieser verschiedenen Formen ist allerdings in der Realität oft nicht so scharf und unterschiedliche Formen mediatisierter Missachtung greifen ineinander über:

- **Cybermobbing:** Cybermobbing bezeichnet das Mobbing einer Person im Internet, das in der Regel vom Umfeld der betroffenen Person begangen wird. Hier greifen deshalb häufig Bedrohungen in der Lebenswelt und virtuellen Welt ineinander.
- **Shitstorm:** Mit Shitstorm wird eine Empörungswelle bezeichnet, die sich meistens gegen öffentlich sichtbare Netzsubjekte richtet. Über einen relativ kurzen Zeitraum werden hier von einer Vielzahl von Nutzer*innen attackierende Nachrichten versendet, die auch die Form von Beleidigungen, Diffamierungen und Drohungen annehmen können
- **Doxing:** Doxing bezeichnet die Praxis der Veröffentlichung von Adressen oder anderer persönlicher Daten und Informationen von Betroffenen im Internet. Die Veröffentlichung solcher Daten impliziert dabei auch, dass Drohungen aus dem Internet in die reale Welt übergreifen können¹⁸.

Die Übergriffe finden dabei oft auch koordiniert statt. Dabei verabreden sich Rechtsradikale online, um gezielt gegen unliebsame Personen vorzugehen oder den Diskurs in den Sozialen Medien zu manipulieren. Als bekanntester Fall dieser rechten „Trollfabriken“ gilt „Reconquista Germanica“¹. Auf einem Server des Kommunikationsdienstes Discord planten rechtsradikale Internetnutzer*innen (unter ihnen organisierte Neonazis, Mitglieder der „Identitären Bewegung“ und der Jungen Alternative) Onlineangriffe auf politische Gegner*innen und Manipulationen des Diskurses in den sozialen Medien. Discord ist eine Plattform, die eine Art Telefonkonferenz ermöglicht, die vor allem für Computerspieler*innen zum Unterhalten während des Spielens gedacht ist.

Um ihre Angriffe durchzuführen, legten die Mitglieder von „Reconquista Germanica“ unter anderem eine Vielzahl anonymer Nutzerprofile auf den Social-Media-Plattformen an und koordinierten ihre Attacken über den Discord-Server. Auch wenn der Einfluss auf den allgemeinen Diskurs, die vor allem im Vorfeld der Bundestagswahlen 2017 stattfanden, in den Sozialen Medien eher gering war¹⁹, sollten die Auswirkungen von gezielten Angriffen gegen Einzelpersonen nicht unterschätzt werden. Bei Betroffenen solcher Angriffe kann ein Vertrauensverlust in die Schutzwirkung gesellschaftlicher Normen stattfinden. Durch die Bedrohungen und Diffamierungen können Betroffene sich gezwungen sehen, ihr Kommunikationsverhalten zu ändern und sich aus den Sozialen Medien zurückzuziehen.

Verkaufsplattformen und Musik

Der Vertrieb und die Bewerbung von rechtsradikaler Musik und Merchandising im Internet ist zu einer wichtigen Einnahmequelle der rechten Szene geworden. Über YouTube und andere Kanäle ist rechtsradikale Musik inzwischen relativ leicht zugänglich. Neonazimodelabels vertreiben ihre Klamotten mit aufgedruckter rechter Symbolik vor allem über rechte Internetversandhändler*innen. Die Kosten und Risiken für Produktion und Verbreitung sind für die rechte Szene durch die entsprechenden Internetportale deutlich gesunken.

aus Bremen...

...beziehungsweise dem unmittelbaren Umland kommt beispielsweise der Versand „Sport-Frei“, der Bekleidung für rechte Hools und Kampfsportler*innen²⁰ vertreibt. Auch die Rechtsrock-Band „Kategorie C – Hungrige Wölfe“ betreibt einen umfangreichen Merchandise-Versand in der Nähe von Bremen. Andere rechtsextreme Bands aus Bremen bieten ihre CDs mitunter auch direkt auf ihrer Facebook-Seite zum Kauf an.

Kapitel 2: Denkanstöße für die Jugendarbeit im Land Bremen

Gerade junge Menschen müssen von der Demokratie und ihren Werten überzeugt sein, damit eine offene und gerechte Gesellschaft fortbestehen kann. Familie, Schule und Jugendarbeit, dort wo Jugendliche Vorbilder finden und sich ihr Weltbild formiert, sind deshalb besonders gefordert. In der Jugendarbeit können daher wichtige Akzente zur Vermittlung demokratischer Werte gesetzt werden durch Konfliktbewältigung, die sensibel auf Rassismus und Diskriminierung reagiert und durch bewusstes Hinschauen, damit entsprechende Tendenzen frühzeitig erkannt werden.

Kapitel 2 dieser Broschüre gibt Denkanstöße für eine Jugendarbeit, die pro-demokratisch wirkt.

2.1. Betroffene von
Rassismus und GMF
unterstützen

22

2.5. Umgang mit
komplexen und unein-
deutigen Problemlagen

29

2.2. Interview:
pro aktiv gegen rechts

23

2.6. Stimmen von
benachteiligten Grup-
pen sichtbar machen

32

2.3. Die intersektionale
Perspektive

26

2.7. Aufklärung über
die Verbrechen der
NS-Diktatur

34

2.4. Organisation von
Solidarität, Empathie und
Unterstützung off- und
online

27

2.8. Interview:
Denkort Bunker Valentin

35

Auf einen Blick:

Umgang mit GMF in Schulen, Bildungseinrich- tungen & Jugendarbeit

- Erzählungen von Rassismuserfahrungen ernst nehmen, um sekundäre Viktimisierungen zu verhindern. Die Deutungshoheit über die Ereignisse muss deshalb bei den Betroffenen selbst bleiben. (2.1.)
- Diskriminierungserfahrungen ergeben sich häufig aus sich überschneidenden und interagierenden Formen der sozialen Ungleichheit (Intersektionalität). Es erfordert auch Selbstreflexionsprozesse bei Lehrkräften und Jugendarbeiter*innen, um adäquat auf diese Formen von Diskriminierung reagieren zu können. (2.2.)
- Um dem Gefühl der Hilflosigkeit nach Diskriminierungserfahrungen entgegenzuwirken, ist es sinnvoll, gemeinsam mit dem Jugendlichen das eigene Netzwerk zu betrachten. Wer bei der Verarbeitung von Erlebnissen, welche Rolle übernehmen kann, sollte zusammen mit dem betroffenen Jugendlichen erarbeitet werden. (2.4.)
- Rassistische, diskriminierende und menschenfeindliche Übergriffe im Netz können auf Betroffene eine ähnliche Wirkung haben wie Übergriffe im Alltag. (2.4.)
- Bei rechten oder diskriminierenden Äußerungen in Schulen oder Bildungseinrichtungen ist die gemeinsame Abstimmung der Reaktion im Team oder Kollegium wichtig. Idealerweise findet man im Laufe eines Diskussionsprozesses im Team zu einer gemeinsamen Lösungsstrategie, die von allen Teammitgliedern umgesetzt wird. (2.5.)
- Die Themen und Sichtweisen strukturell unterrepräsentierter Gruppen und Personen sollten sichtbarer gemacht werden, um das Selbstwirksamkeitsgefühl von Angehörigen gesellschaftlicher Minderheiten zu stärken. (2.6.)

„Du behältst die Deutungshoheit“:

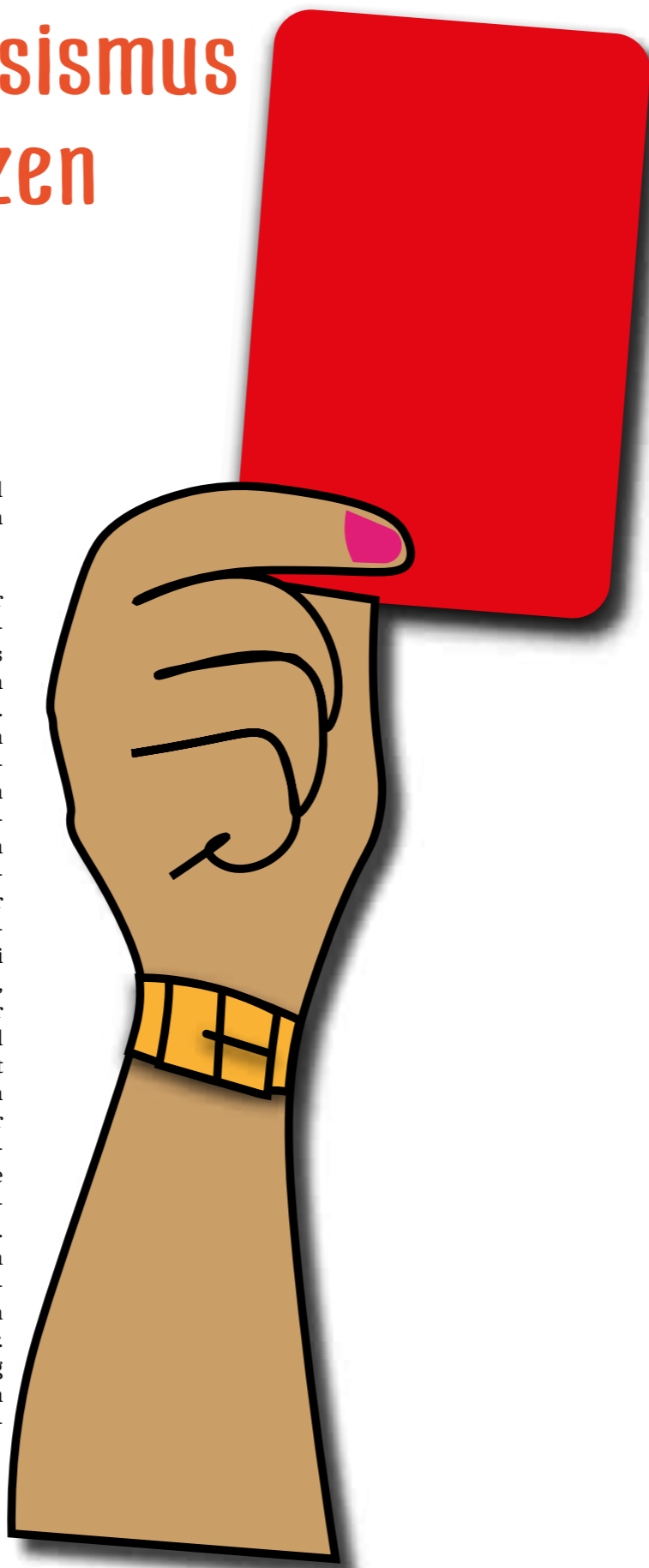
Betroffene von Rassismus und GMF unterstützen

„Ich habe Rassismus erlebt“ oder „ich bin von Antisemitismus betroffen“ - solche Aussagen hört man nicht alltäglich. Das liegt keineswegs daran, dass die Phänomene nicht alltäglich auftreten, sondern daran, dass es Betroffenen schwerfällt, darüber offen zu sprechen. Wer eigene Rassismus-Erfahrungen anspricht, der*die öffnet sich und berichtet von Situationen, in denen er*sie angegriffen und zum Opfer wurde. Eine Rolle, die niemand freiwillig einnimmt und die häufig mit dem Gefühl von Ohnmacht oder Hilflosigkeit verknüpft ist.

Dennoch erleben viele Betroffene, dass ihre Schilderungen nicht ernst genommen, relativiert oder gar komplett geleugnet und gegen sie gewendet werden. Solche Prozesse werden in der Fachliteratur unter dem Begriff der „sekundären Viktimisierung“ gefasst - also einem „zweiten Opferwerden“. Denn für die Betroffenen ist die Verweigerung der Anerkennung ihrer Erlebnisse häufig eine weitere mitunter traumatisierende Erfahrung. In der Folge kann es vorkommen, dass Betroffene nicht mehr über ihre Erlebnisse sprechen und damit einen wich-

tigen Weg zur Aufarbeitung und Überwindung ihrer Erfahrungen verlieren.

Wenn Mitarbeiter*innen der Jugendarbeit von Rassismuserfahrungen berichtet wird, ist es daher wichtig, die Schilderungen der Betroffenen ernst zu nehmen. Rassismus äußert sich selten in Form von klassischen Definitionen, sondern im Alltag verdeckt in Handlungen, die nicht zwangsläufig mit rassistischen Äußerungen einher gehen. Beispielsweise erleben Menschen immer wieder bei der Wohnungssuche Rassismus. Ihre Ablehnung wird dabei jedoch selten mit ihrer Herkunft, Hautfarbe, ihrem Namen oder ihrer Religion begründet, weil sich die Vermieter*innen damit juristisch angreifbar machen würden. Rassismus tritt hier sehr subtil auf, indem die Betroffenen merken, dass andere Mitbewerber*innen um die Wohnung anders behandelt werden. Wenn Betroffene von solchen subtilen Erfahrungen berichten, helfen keine Definitionen und Beschwichtigungen weiter. Die Anerkennung der Erfahrung und die Möglichkeit, diese nach eigenem Empfinden einord-



Wo fängt Rassismus an?
Die Urteile von Betroffenen sollten ernst genommen werden

nen zu können, kann dagegen hilfreich sein. Das Stichwort in diesem Kontext heißt „Deutungshoheit“. Also die Frage, wer ein Geschehnis benennen darf und darüber entscheidet, wie die Situation erlebt wurde. Im Fall von Rassismuserfahrungen sollte die Deutungshoheit nicht den Täter*innen überlassen werden. Ebenso sollten unbeteiligte Dritte nicht darüber entscheiden, ob ein Vorfall rassistisch oder antisemitisch gewesen ist oder nicht. Wenn die Situation von den Betroffenen so erlebt wurde, dann sollten Vertrauenspersonen diese Deutung übernehmen.

Tipp:
Der YouTube-Film „Chancengleichheit in Ausbildung und Job!“ von pro aktiv gegen rechts - Mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven zeigt Rassismus und Diskriminierung in der Arbeitswelt auf. Zu finden ist er unter:
<https://www.youtube.com/watch?v=xn-iYq0b9zY>

Interview:

pro aktiv gegen rechts -
Mobile Beratung in Bremen
und Bremerhaven

Die Beratungsstelle pro aktiv gegen rechts - Mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven berät Einzelpersonen und Organisationen, die durch Phänomene in den Bereichen Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit herausgefordert sind. Ein Gespräch mit dem Team der Beratungsstelle über Möglichkeiten, mit entsprechenden Konfliktsituationen umzugehen.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Rassismus und antidemokratische Haltungen sind weit verbreitet. Mitunter hört man Äußerungen, die solche Einstellungen vermitteln inzwischen sogar im Bundestag, in der Bremer Bürgerschaft oder in Ortsbeiräten. Weshalb sollten sich Mitarbeiter*innen der Jugendarbeit in diesem Kontext positionieren?

Mitarbeitende der Jugendarbeit und pädagogische Multiplikator*innen werden immer wieder mit Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und damit einhergehenden menschenfeindlichen Einstellungen konfrontiert. Der Anspruch einer jeden pädagogischen Arbeit sollte es sein, durch entsprechende Interventionen zum Abbau von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit beizutragen.

Der Nährboden für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wird früh gelegt - nämlich ab einem Alter von acht Jahren. Das wissen wir aus psychologischen Studien. In diesem Alter beginnen Kinder in Kategorien und gruppenbezogen zu denken, ein erstes reproduzierendes Schubladendenken kann die Folge sein. Dieses erhärtet sich bis ins Jugendalter. Hier entstehen Positionen, die ab einem gewissen Punkt gesellschafts- bzw. mehrheitsfähig werden. Deshalb spielt die pädagogische Jugendarbeit eine immense Rolle im Kampf gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und rechte Ideologien. Sie kann dazu beitragen, dass sich rassistische Denkmuster nicht

verfestigen oder es zu gewalttätigen Ausschreitungen gegen Menschen kommt, die nicht ins eigene Gruppenmuster passen, weil sie vielleicht anders aussehen oder sich anders verhalten.

Politische Positionen in der professionellen Auseinandersetzung mit Jugendlichen zu beziehen ist nicht ganz unheikel. Schließlich will man die Jugendlichen nicht indoktrinieren und muss eine gewisse Neutralität wahren. Viele Mitarbeiter*innen der Jugendarbeit sind daher verunsichert. Wie weit kann ich gehen?

Eine Aufgabe der Jugendarbeit ist es, auf eine offene, demokratische Gesellschaft hinzuwirken und diese gemeinsam mit den Jugendlichen zu gestalten. Die in der Arbeit zu wählende Neutralität und oftmals aus rechten Lagern geforderte Meinungsfreiheit enden da, wo Äußerungen oder Handlungen gegen die Menschenwürde verstoßen und diese angreifen. Unter Bezugnahme auf die derzeitigen gesellschaftspolitischen Entwicklungen und das Erstarken rechter Denkmuster in unserer Gesellschaft, ist es deshalb immens wichtig, keinen Raum für Diskriminierung zu bieten und jeder Entstehung eines Nährbodens für ein solches Denken entgegenzuwirken.

Mit einer klaren Positionierung des Trägers bzw. Arbeitgebers für ein tolerantes Miteinander und gegen ausgrenzende Tendenzen, können hierbei verunsicherte Mitarbeitende unterstützt und gestärkt werden. Ein entsprechendes Leitbild kann sehr hilfreich sein; aber auch regelmäßiger Austausch unter Kolleg*innen, sich rückversichern, Reflexion des eigenen Handelns oder hierfür einberufene Gespräche, Fachtage, Vorträge von externen Expert*innen etc. können unterstützend sein, die eigene Haltung auch gestärkt nach außen tragen zu können. Mit dieser klaren Haltung gegen den Rechtsruck in unserer Gesellschaft und menschenfeindliche Tendenzen stellt sich die Frage des „Wie weit kann ich gehen?“ gar nicht mehr.

Sie haben das Thema Leitbildentwicklung angesprochen. Das ist ein komplexer Prozess. Kann die Beratungsstelle pro aktiv gegen rechts die Träger auf diesem Weg unterstützen? Wenn ja, wie sieht so eine Unterstützung aus?

Die Erstellung eines Leitbildes kann für viele Mitarbeitende in verschiedensten Einrichtungen eine Erleichterung und Rückenstärkung darstellen, um Unsicherheiten entgegenzuwirken. Pro aktiv gegen rechts unterstützt zum Einen bei der Entwicklung eines solchen Leitbildes bzw. bei der Bewerksstellung der einzelnen Schritte in diesem Prozess. Zum Anderen können wir bei der Vermittlung des Inhal-

tes innerhalb des Kollegiums, bei Vorständen oder Geschäftsführung beitragen und ggf. mit Vorträgen oder Workshops unterstützen und die Wichtigkeit hervorheben.

Abgesehen von Organisationen berät pro aktiv gegen rechts auch Einzelpersonen. Mit welchen Fällen kann man sich an die Beratungsstelle wenden und wie sehen die Rahmenbedingungen aus?

Das Ziel von pro aktiv gegen rechts ist es, Jugendliche, junge Menschen und Erwachsene zu unterstützen und zu befähigen, eine demokratische Kultur jenseits von Rassismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit zu ermöglichen sowie sich aktuellen, rechts motivierten Entwicklungen und Geschehnissen entgegenzustellen. Engagierte Jugendliche, interessierte Einzelpersonen und insbesondere Multiplikator*innen, wie pädagogische Fachkräfte, Mitarbeiter*innen der Jugendhilfe, Lehrer*innen und Quartiersmanager*innen, aber auch Stadtteilgremien, Präventionsräte und soziale Einrichtungen sowie ehrenamtliche Helfer*innen, sind Hauptzielgruppen der Beratung.

Wir unterstützen und beraten beispielsweise, wenn es zu rassistischen, antisemitischen, rechtsextremen oder anderen menschenfeindlichen Äußerungen oder Vorfällen in der Schule, dem Sportverein, im Jugendfreizeitheim, dem Betrieb, der Unterkunft für Geflüchtete oder im Stadtteil kommt. Dabei versuchen wir immer, den Beratungsnehmenden Handlungsmöglichkeiten an die Hand zu geben. Außerdem führen wir Vorträge und Workshops durch, zum Beispiel zu den Themenfeldern Hate Speech im Netz, rechte Stammtischparolen oder Rechtsextremismus. Wir wollen Ratsuchenden außerdem ermöglichen, sich zu aktuellen Entwicklungen rechtsextremer Strukturen vor Ort, ihren Inhalten, Strategien sowie Lifestyle-Elementen zu informieren. Dies kann helfen, Situationen besser einzuschätzen und Handlungsspielräume zu erweitern.

Ziel unserer Beratung und einer möglichen Intervention ist immer die nachhaltige Hilfe zur Selbsthilfe. Unsere Beratung ist immer anonym und kostenfrei.

Aus ihrer Erfahrung heraus: Worauf kommt es an, wenn ich mitbekomme, dass ein*e Jugendliche*r selbst von Rassismus oder ähnlichem betroffen ist. Wie kann ich als Jugendarbeiter*in darauf reagieren?

Das ist immer eine schwierige Situation. Prinzipiell gibt es bei rassistisch motivierten Beleidigungen oder Angriffen zwei Möglichkeiten: Ich kann mich entweder mit der rassistischen Person auseinandersetzen oder ich solidarisiere mich mit den Betroffenen. Bei-

des ist sinnvoll. Wir sollten es nur nicht zeitgleich machen, denn sonst ziehen wir die Betroffenen in die Auseinandersetzung hinein. In der Arbeit mit Jugendlichen ist es zudem sinnvoll, derartige Prozesse in der Gruppe, in der sie stattgefunden haben, zu bearbeiten, zu thematisieren und für das Thema zu sensibilisieren. Auch hierbei kann die Beratungsstelle pro aktiv gegen rechts unterstützen, auch dabei, ggf. einen Kontakt zu anderen Beratungsstellen wie soliport, reset oder spot, herzustellen, die mit den konkreten Zielgruppen wie entweder Betroffenen oder rechtsaffinen Jugendlichen arbeiten. Das Wichtigste ist, Betroffene rassistischer Übergriffe in einer solchen Situation ernstzunehmen, sich zu solidarisieren und einen Vorfall nicht klein zu reden, sondern seine Unterstützung anzubieten.

Stichwort Sensibilisierung und Vorfälle: Oft stellen sich Situationen nicht eindeutig dar und durch Social Media und Co ist die Landschaft an rechtsextremen Gruppen heute kurzlebiger und vielfältiger als früher – da den Überblick zu behalten ist nicht einfach. Kann man sich auch an die Beratungsstelle wenden, wenn man Unterstützung bei der Einschätzung eines Vorfalls braucht?

Zur Absicherung der inhaltlichen Kompetenz der Beratungsstelle führen wir eine fortlaufende Recherche über Entwicklungen der rechten Szene im Land Bremen und dem unmittelbar angrenzenden Umland durch. Dieses Monitoring findet sowohl on- als auch offline statt. Dementsprechend ist es immer sinnvoll, sich mit einer betreffenden Frage an pro aktiv gegen rechts zu wenden und sich unserer Expertise zu bedienen.

Zudem ist die Beratungsstelle Mitglied im Begleitausschuss des „Bundesverband mobile Beratung e.V.“, ggf. kann es bei der Beantwortung bzw. der Einschätzung eines Vorfalls auch sinnvoll sein, Erfahrungswerte oder Kompetenzen der Kolleg*innen aus den anderen Bundesländern mit einzubeziehen. Dies geschieht natürlich nur nach vorheriger Absprache mit dem*der Beratungsnehmenden und unter Beachtung der Datenschutzbestimmungen.

Beratungsstellen

pro aktiv gegen rechts

Mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven

Das Ziel von pro aktiv gegen rechts ist es, Jugendliche, junge Menschen und Erwachsene zu unterstützen und zu befähigen, eine demokratische Kultur jenseits von Rassismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit zu ermöglichen sowie sich aktuellen, rechts motivierten Entwicklungen und Geschehnissen entgegen zu stellen.

Kontakt:
Tel.: 0421/96038493
Mail: proaktiv@vaja-bremen.de

soliport

Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt solidarisch beraten und unterstützen

Kontakt:
Tel. 0421/17831212
Mail: info@soliport.de

reset

Beratung und Begleitung bei der Loslösung vom Rechtsextremismus im Land Bremen

Das Angebot richtet sich vorrangig an jugendliche Sympathisant*innen und Mitläufer*innen sowie junge Erwachsene, die sich an rechtsextremen Ideologien und/oder Szenen orientieren oder diese Ideologie im Ansatz teilen.

Kontakt:
Tel.: 0421/76266
Mail: reset@vaja-bremen.de

Streetwork

spot.

Streetwork.Prävention.Orientierung. Teilhabe.

Im Rahmen von aufsuchender Jugendarbeit mit Cliques und u.a. durch Workshopformate im außerschulischen Bereich setzt das Team einen Schwerpunkt auf die präventive Auseinandersetzung Jugendlicher mit Aspekten von Rechtsextremismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Kontakt:
Mail: spot@vaja-bremen.de

Die intersektionale Perspektive

Wie können Menschen, die von mehrfachen Diskriminierungen, zum Beispiel aufgrund von Sexismus und Rassismus, betroffen sind, besser verstanden und sichtbar gemacht werden? Die Perspektive, die in diesem Zusammenhang immer häufiger genutzt wird, heißt Intersektionalität. Unter Intersektionalität versteht man die Überschneidung verschiedener Diskriminierungsformen, die unter anderem auf Gender, Ethnizität, Nation oder Klasse beruhen. Der Fokus liegt dabei auf dem gleichzeitigen Zusammenwirken und der Wechselwirkung dieser Dimensionen. Diskriminierungserfahrungen können also auf der Überschneidung von verschiedenen Arten von Diskriminierung beruhen²¹.

Dieser Realität bei der Bearbeitung von Konflikten gerecht zu werden, erfordert eine reflektierte Herangehensweise. Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen können nicht als pauschalisierbar angesehen werden, da sie sich häufig aus sich überschneidenden und interagierenden Formen der sozialen Ungleichheit ergeben. Im Umgang mit Jugendlichen stellt das eine besondere Herausforderung dar.

Es erfordert die Akzeptanz der Lehrenden und Jugendarbeiter*innen, dass sie nicht in der Lage sind, alle Muster von Diskriminierungserfahrungen kennen zu können. Deshalb müssen die individuellen Lebensgeschichten der Betroffenen eine stärkere Berücksichtigung bei der Bearbeitung von Konflikten finden. Die individuellen Erfahrungen von Betroffenen müssen dabei ernst genommen werden. Ziel

sollte es sein, einen Raum zu schaffen, in dem betroffenen Jugendlichen die Sicherheit gegeben wird, über ihre Diskriminierungserfahrung offen reden zu können. Nur auf dieser Basis können Handlungsperspektiven erarbeitet werden.

Für Lehrkräfte und Jugendarbeiter*innen ist es wichtig, auch die eigene gesellschaftliche Position und die damit einhergehenden Erfahrungen zu reflektieren. Lehrende sollten sich in diesem Prozess selbst auch als Lernende verstehen. Ziel sollte es dabei sein, den eigenen, zwangsläufig subjektiven Blickwinkel zu hinterfragen: Welche Sensibilität für unterschiedliche Diskriminierungsformen bringe ich auf Grund eigener biographischer Erfahrungen mit? Welche übersehe ich dagegen schnell? Wer sich dessen bewusst ist, kann in Konfliktsituationen besser und schneller die jeweiligen Problemlagen erkennen und darauf reagieren.



„Wir stehen hinter Dir“:

Organisation von Solidarität, Empathie und Unterstützung off- und online

Offline: Netzwerke analysieren und ansprechen

Wenn Jugendliche betroffen sind von rassistischen, rechtsextremen, diskriminierenden oder menschenfeindlichen Vorfällen, haben sie oft das Gefühl, alleine zu stehen. Solche Angriffe können bei den Betroffenen das Vertrauen in den Schutz durch gesellschaftliche Normen schwer beschädigen: Das Erlebte kann dadurch die Weltsicht von Jugendlichen derart erschüttern, dass es andere Lebensbereiche und Erfahrungen überlagert. Eigene Stärken, aber auch mögliche Unterstützungsangebote von anderen Menschen werden im Gefühl allgemeiner Hilflosigkeit nicht mehr wahrgenommen.

Um diesem Gefühl entgegenzuwirken ist es sinnvoll, gemeinsam mit dem Jugendlichen das eigene Netzwerk zu betrachten. Freund*innen, Schule, Arbeitgeber*innen, Vereine, Nachbarschaft, Familie – all diese persönlichen Bezugspunkte können potenziell dabei helfen, das Erlebte zu verarbeiten.

Damit entsprechende Perspektiven für Jugendliche sichtbar werden, sollten nicht nur eventuelle Ansprechpartner*innen aufgelistet werden, sondern mit einer konkreten Funktion verbunden werden: Mit wem kann ich vertraulich über meine Gefühle sprechen? Wer kann mich ablenken und auf andere Gedanken bringen? Wen kann ich fragen, wenn ich professionelle Hilfe in Anspruch nehmen will? Von wem erwarte ich, dass er*sie mir den Rücken stärkt und sich hinter mich stellt? Von wem erwarte ich, dass er*sie in den nächsten Tagen besondere Rücksicht auf meine Situation nimmt? Solche Fragen können dabei helfen, den verschiedenen Knotenpunkten im Netzwerk spezifische Rollen zuzuschreiben. Das hilft dabei, die entsprechenden Kontakte nicht zu überfordern, sondern entsprechend den jeweiligen Unterstützungsmöglichkeiten zu nutzen.

In Gesprächen mit den Jugendlichen, kann die Jugendarbeit einerseits bei der Sortierung des eigenen Netzwerks unterstützen. Andererseits können Jugendarbeiter*innen als Multiplikator*innen fungieren und das Netzwerk der Jugendlichen mit Kontakten erweitern. Gibt es beispielsweise eine Betroffenen-Selbsthilfegruppe oder eine Beratungsstelle, die die Jugendlichen bei der Aufarbeitung des Vorfalls unterstützen kann?

Online: Hilfsangebote kennen und vermitteln

Rassistische, diskriminierende und menschenfeindliche Übergriffe finden auch im Netz statt. Diese Angriffe können dabei eine ähnliche Wirkung auf Betroffene haben wie Übergriffe im Alltag. Eine Relativierung dieser Attacken, da sie ja „nur online“ stattgefunden haben, spielt oft der Argumentationsstrategie der Täter*innen in die Hände und kann bei Betroffenen ebenso zu einer sekundären Viktimisierung führen.

Wenn Jugendliche im Netz attackiert werden, können sie sich an verschiedene bestehende Online-Angebote wenden. Bei rassistischen Attacken durch Shitstorms und Co hilft beispielsweise das Netzwerk „#ichbinhier“: Die Initiative vermittelt spontan andere Menschen, die online sind und bereit, sich mit eigenen Kommentaren schützend an die Seite von Menschen zu stellen, die rassistisch attackiert werden.

Im Bereich von Cybermobbing, also Angriffen, bei denen die Täter*innen aus dem Umfeld des Opfers stammen (beispielsweise Mitschüler*innen, Arbeitskolleg*innen) können Jugendliche sich auf der Website juuport.de von Peers in Chatformaten beraten lassen. Die jugendlichen Berater*innen auf der Website werden von professionellen Pädagog*innen im Hintergrund unterstützt, dadurch ist eine qualitativ sinnvolle Beratungssituation gesichert.

Online: Eigene Verletzbarkeit wahrnehmen und präventiv Strategien erarbeiten

Fast jede Einrichtung der Jugendarbeit ist heutzutage in Sozialen Netzwerken mit einem eigenen Angebot unterwegs. Viele Träger der Jugendarbeit arbeiten mit Zielgruppen zusammen, die potenziell ein Ziel rechtsextremer und rechtspopulistischer Diffamierungskampagnen sein können. Oder sie erhalten Fördermittel aus Töpfen, die von entsprechenden Parteien und Gruppierungen kritisch betrachtet werden, beispielsweise Bundesprogramme gegen Rechts, Förderprogramme für Geflüchtete oder kommunale Gelder aus Ressorts von Politiker*innen, die im Visier von rechten Gruppen sind.

Tipp:

Die Beratungsstelle pro aktiv gegen rechts – Mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven erklärt in einem satirischen Film, was es bei der Online-Hetze zu beachten gilt:

Wie hetzt man richtig? – Eine Anleitung: <https://vaja-bremen.de/sehen/wie-hetzt-man-richtig-eine-anleitung-2016/>

Diese Voraussetzungen erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass man als Organisation selbst zur Ziel eines rechten Shitstorms wird. Auch wenn man als Organisation sehr genau darauf achtet, keine politischen Statements in Sozialen Netzwerken abzugeben, die entsprechende Gruppen provozieren könnten, kann man zur Zielscheibe werden. Passieren solche Attacken, hat das wenig mit „Schuld“ oder „Provokation“ der betroffenen Organisation zu tun, sondern eher mit strategischen Überlegungen der diffamierenden Gruppen.

Träger der Jugendarbeit sollten sich daher präventiv Konzepte überlegen, auf die sie im Falle eines rechten Shitstorms zurückgreifen können. Welche Kommentare dulden wir? Mit wem diskutieren wir? Welche Vorwürfe akzeptieren wir als berechtigte Kritik, welche verstehen wir dagegen als haltlose Beleidigung? Bestenfalls fühlen sich die Kolleg*innen, die die Social-Media-Auftritte betreuen, in entsprechenden Situationen sicher und kennen die Position ihre*r Arbeitgeber*in.

Außerdem ist es sinnvoll, sich präventiv mit anderen Organisationen in der Stadt zusammenzuschließen und eine Vereinbarung zur gegenseitigen Unterstützung bei Shitstorms zu treffen. Bei rechten Attacken sollten Träger, die mit ähnlichen Zielgruppen und Konzepten arbeiten, einander beistehen und sich gegenseitig mit Kommentaren, Bewertungen und Co unterstützen. Versucht man derartige Unterstützung spontan auf die Beine zu stellen, während eine Attacke läuft, kann dies zu spät sein. Bei frühzeitiger präventiver Bildung von Unterstützungsnetzwerken können dagegen sehr effektiv die negativen Auswirkungen von rechten Shitstorms abgefedert werden: Die breite Unterstützung, die angegriffene Träger aus dem Kolleg*innenkreis erhalten, zeigt, dass Fachleute mit ähnlicher Expertise die Vorwürfe als haltlos zurückweisen. Der mögliche Imageschaden für die betroffene Organisation kann dadurch eingegrenzt werden.

Grenzen, Grenzübertritte und Graubereiche:

Umgang mit komplexen und uneindeutigen Problemlagen

Wenn Jugendliche eindeutige rechtsextreme, rassistische oder antisemitische Propaganda verbreiten, dürfte es in aller Regel keine zwei Meinungen geben: Entsprechende Vorfälle sind aufzuarbeiten und müssen Konsequenzen haben.

Im Alltag der Jugendarbeit sind die Vorfälle jedoch selten derart eindeutig. Oft äußern sich Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus verdeckt – beispielsweise als vermeintlicher Scherz verpackt oder in Form von Äußerungen, die von Jugendlichen vielleicht nicht vollständig durchdacht wurden. Da entsprechende Einstellungen sozial und gesellschaftlich in weiten Teilen geächtet werden, können Jugendliche sie auch als Mittel zur Provokation einsetzen.

Gerade Vorfälle im Graubereich fordern die Jugendarbeit im besonderen Maße heraus: Sie treffen die Mitarbeiter*innen von Einrichtungen der Jugendarbeit meist unerwartet und unvorbereitet. Da sie Interpretationsspielraum lassen, führen sie schnell zu Konflikten im Kollegium über den richtigen Umgang mit der jeweiligen Problemlage. Jede Situation ist dabei unterschiedlich, dennoch können einige Ansätze bei dem Umgang mit solchen Konflikten helfen:

Im Kollegium oder im Team:

Klärende Diskussionsprozesse

Gerade bei uneindeutigen Fällen ist der frühzeitige Austausch über entsprechende Vorfälle und Entwicklungen das A und O. Wie ist der Fall einzuschätzen? Was wissen wir über die beteiligten Jugendlichen? Sind vielleicht ähnliche Vorkommnisse bereits anderen im Team aufgefallen? Die Beantwortung solcher Fragen kann erheblich zur Klärung des Sachverhalts und der Lösungsfindung beitragen.

Tipp:

*Ein bewährtes Instrument, um klärende Gespräche im Team über einzelne Vorkommnisse zu führen, ist die Methode der kollegialen Fallberatung. Die Kolleg*innen, die den Vorfall unmittelbar erlebt haben, schildern dabei innerhalb einer verabredeten Zeitspanne ihre Beobachtungen, wie sie die Situation eingeschätzt haben, und wie sie unmittelbar darauf reagiert haben. Wichtig ist, dass die Kolleg*innen während ihrer Schilderungen nicht unterbrochen werden. Danach gibt es von den zuhörenden Kolleg*innen eine vereinbarte Anzahl an Rückfragen, die von den betroffenen Kolleg*innen beantwortet werden. Anschließend diskutieren die Zuhörenden im Plenum, wie sie den Fall einschätzen und welche Möglichkeiten zur Bearbeitung ihnen einfallen. In dieser Phase der Methode wechselt also die Rolle zwischen Sprechenden und Zuhörenden. Die Methode wird abgeschlossen durch ein Feedback der betroffenen Kolleg*innen, die zurückspiegeln, inwiefern ihnen die Diskussion weitergeholfen hat.*

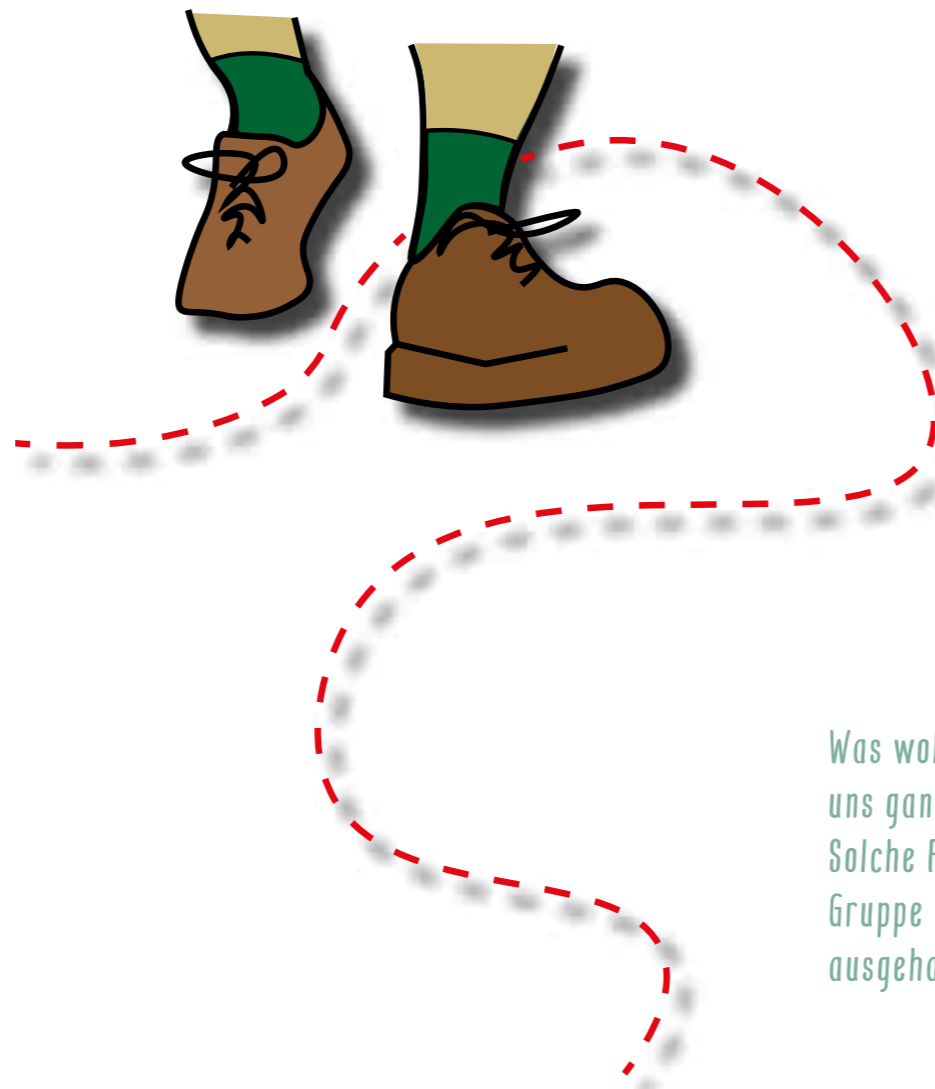
Durch eine frühzeitige Ansprache können auch unterschiedliche Einschätzungen und somit potenzielle Konfliktlinien innerhalb des Teams erkannt werden. Das Identifizieren der verschiedenen Positionen im Kollegium ist wichtig, da diese Differenzen häufig in unterschiedlichen Reaktionen und Methoden der Bearbeitung des Vorfalls münden. Für die beteiligten und betroffenen Jugendlichen kann ein inkohärenter Umgang mit der Situation durch Mitarbeiter*innen der Jugendarbeit verwirrend wirken. Wenn Jugendliche die verschiedenen Positionen im Team identifizieren, können sie diese auch ausnutzen und die Kolleg*innen gegeneinander ausspielen.

Idealerweise findet man im Laufe eines Diskussionsprozesses im Team zu einer gemeinsamen Lösungsstrategie, die von allen Teammitgliedern umgesetzt wird. Manchmal zeichnet sich ein gemeinsamer Lösungsansatz jedoch nicht ab.

Selbst dann, wenn alle Möglichkeiten zur Verständigung auf eine gemeinsame Linie gescheitert scheinen, ist der angestoßene Diskussionsprozess ein Gewinn für die betroffene Einrichtung. Durch das Erkennen verschiedener Positionen im Team, können diese den Jugendlichen anschließend transparent vermittelt werden. Beispielsweise indem offen kommuniziert wird, dass Kolleg*in X den Sachverhalt anders einschätzt als Kolleg*in Y. Die Jugendlichen kennen dadurch die verschiedenen Standpunkte und wissen, dass diese teamintern diskutiert wurden. Eine Ausnutzung der Differenzen wird dadurch erschwert. Außerdem können die transparent kommunizierten Standpunkte den Jugendlichen auch verschiedene Ansprechpartner*innen zur Bearbeitung aufzeigen.

Teaminterne Diversität nutzen

Jede*r Mitarbeiter*in bringt in ein Team eine eigene Geschichte beziehungsweise Geschichten mit ein. Oft finden sich in den verschiedenen Biographien Anknüpfungspunkte an den jeweiligen Vorfall. Beispielsweise eigene Erlebnisse und Erfahrungen oder ähnliche Situationen in vorherigen beruflichen Stationen. Diese Anknüpfungspunkte können bei der Bearbeitung von Konflikten sehr wertvoll sein. Beispielsweise können Kolleg*innen, die selber Erfahrungen mit Rassismus, Diskriminierung und Benachteiligung gemacht haben, authentischer und unter Umständen differenzierter über entsprechende Vorfälle mit Jugendlichen kommunizieren, als Kolleg*innen, die diese Erfahrungen nicht gemacht haben.



Tipp:

Bei entsprechenden Problemlagen können sich Einrichtungen der Jugendarbeit im Land Bremen von pro aktiv gegen rechts – Mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven unterstützen lassen. Die Beratungsstelle kann beispielsweise eine eigene Einschätzung des Vorfalls abgeben oder den Diskussionsprozess mit einem methodengestützten Workshop moderieren. Die Inanspruchnahme einer Beratung durch pro aktiv gegen rechts erfolgt grundsätzlich vertraulich und ist für die Einrichtungen kostenfrei.

pro aktiv gegen rechts – Mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven
Kontakt:
0421-96038493
proaktiv@vaja-bremen.de

Mit den Jugendlichen

Aufarbeitung der Geschehnisse

So tun, als wäre nichts passiert, oder abwarten, ob sich ein Vorfall wiederholt, sind oft keine guten Strategien. Auch dann, wenn Vorfälle nicht eindeutig sind, ist eine frühzeitige Spiegelung der Geschehnisse entscheidend. Unklarheiten in der Einschätzung können dabei transparent thematisiert und besprochen werden. Beispielsweise indem man den Jugendlichen erläutert, weshalb ihr Verhalten „Bauchschmerzen“ verursacht und versucht herauszufinden, was die Motivation der Jugendlichen ist. Viele Jugendliche übernehmen beispielsweise Ressentiments über bestimmte Gruppen aus ihrem Lebensumfeld, ohne zu wissen, wo genau diese Ressentiments herkommen und welche geschichtliche Bedeutung sie haben oder wie diese Sicht auf eine andere Gruppe zu Abwertung und Diskriminierung führen kann. Auch Parolen rechter Gruppierungen können mitunter aus Unkenntnis von Jugendlichen geäußert und weitergetragen werden. Im Vorfeld einer Aufarbeitung sollte natürlich eine gewisse eigene Sicherheit bezüglich der Thematik vorhanden sein. Will man beispielsweise das Tragen eines verdächtigen Kleidungsstücks ansprechen, sollte man wissen, ob die Kleidung in üblichen Internetversänden oder Geschäften gekauft werden kann und in verschiedenen Subkulturen getragen wird, oder ausschließlich über rechte Szene-Versandhandel zu beziehen ist.

Diskussion über gemeinsame Grenzen

Gerade als präventive Maßnahme bietet sich eine (moderierte) Diskussion über Grenzen im Miteinander an. Was wollen wir tolerieren, was verstehen wir nicht mehr als Spaß, solche Fragen können gemeinsam mit den Jugendlichen diskutiert werden und anschließend in Form eines Gruppenkonsenses festgehalten werden.

Bei konkreten Vorfällen gilt es jedoch abzuwägen, ob eine gemeinsame Diskussion der Situation angemessen ist, oder ob zunächst mit einzelnen Gruppen oder Jugendlichen gesprochen werden muss.

Was wollen wir tolerieren und wo sind für uns ganz klar Grenzen überschritten?
Solche Fragen können gut in der Gruppe gemeinsam diskutiert und ausgehandelt werden.

Tipp:

Im Internet gibt es einige Stellen, die Informationen über rechte Kleidungsmarken und szeninterne Codes bereithalten. Eines der bekanntesten Portale ist „Das Versteckspiel“: dasversteckspiel.de

Verschiedene Stellen im Land Bremen bieten Workshops an, in denen mit Jugendlichen Themen wie Vorurteile und Diskriminierung behandelt werden. Diese Workshops können auch unabhängig von konkreten Vorfällen als präventive Maßnahme gebucht werden. Eine Anlaufstelle ist zum Beispiel die DGB-Jugend Bremen.
nbs-jugend.dgb.de/bildung/courage

Tipp:

Wenn Sie das Gefühl haben, Jugendliche könnten sich mit menschenfeindlichen Einstellungen identifizieren oder in entsprechende Einstellungsmuster abdriften, können Sie sich an das Team von „reset“ Bremen wenden. reset ist eine Beratungsstelle, die Jugendliche bei der Distanzierung von menschenverachtenden Einstellungen oder bei der Loslösung aus der rechtsextremen Szene unterstützt. Wie der Beratungsprozess abläuft erfahren sie unter vaja-bremen.de/teams/reset.

Kontakt:
0421 / 76 266
reset@vaja-bremen.de

Mobil:
0157 / 774 536 38
0157 / 525 105 27

„Auch deine Geschichte zählt“:

Stimmen von benachteiligten Gruppen sichtbar machen & stärken

Im öffentlichen Diskurs sind verschiedene Gruppen und Themen unterrepräsentiert. Insbesondere gesellschaftliche Minderheiten wie Homosexuelle, Zugewanderte, geflüchtete Menschen, Angehörige nicht-christlicher Glaubensgemeinschaften, Menschen mit niedriger formaler Bildung oder Menschen mit Behinderung haben es schwer, ihre Positionen in öffentliche Diskurse einzubringen. Hauptursache dafür sind fehlende Netzwerke und Zugänge zu Multiplikator*innen der öffentlichen Meinungsbildung. Viele der genannten Gruppen sind beispielsweise in der Politik oder unter Medienschaffenden unterrepräsentiert.

Das Gefühl, dass die eigene Position und die eigenen Erfahrungen angehört werden, ist jedoch ein wichtiger Faktor, um ein politisches Selbstwirksamkeitsgefühl entwickeln zu können. Deshalb sollte die Jugendarbeit die strukturelle Unterrepräsentanz von Themen und Positionen benachteiligter Gruppen wahrnehmen und versuchen, dieser mit eigenen Maßnahmen entgegenzuwirken.



**Meine
Geschichte**

Diversität innerhalb der eigenen Gruppe thematisieren.

Das Sichtbarmachen benachteiligter Positionen beginnt oft bereits innerhalb kleiner heterogener Gruppen. Pädagog*innen, die innerhalb heterogener Gruppen beruflich interagieren, sollten sich daher bewusst damit auseinandersetzen, welche verschiedenen Erfahrungshorizonte die Gruppenmitglieder mitbringen. Es sollte reflektiert werden, ob alle Mitglieder gleichberechtigt miteinander kommunizieren, oder sich informelle Machtstrukturen im Gruppendiskurs verfestigen, die bestimmte Erfahrungshorizonte benachteiligen. Innerhalb gemischtgeschlechtlicher Gruppen kann es beispielsweise schnell dazu kommen, dass Positionen und Themen von Frauen weniger gehört werden, oder weniger Resonanz erhalten, als die Positionen der männlichen Gruppenmitglieder.

Mögliche Reaktionen auf einen entsprechenden Befund können, neben einer veränderten Moderation und Ansprache, mitunter auch ein Wechsel der von der Jugendarbeit angebotenen Aktivitäten oder der Räumlichkeit sein. Dadurch können gewohnte Sprechrollen aufgebrochen werden. Grundsätzlich sollte man sich überlegen, inwiefern die eigenen pädagogischen Angebote ausreichend auf die Diversität der Gruppe eingehen. Beispielsweise zeigen soziologische Studien, dass Personen, die innerhalb der Gruppenhierarchie weit oben stehen, in Wettbewerbssituationen (z.B. sportliche Aktivitäten, bei denen es ein Ranking gibt) erfolgreicher sind, als Gruppenmitglieder, die in der Hierarchie schlechter gestellt sind²². Dementsprechend können pädagogische Angebote mit Wettbewerbssituationen bestehende Machtverhältnisse zementieren und sind eher ungeeignet, um diese aufzubrechen. Oft äußert sich dies darin, dass marginalisierte Gruppenmitglieder sich selbst aus entsprechenden Situationen zurückziehen und „freiwillig“ eine Zuschauer*innenrolle einnehmen wollen.

Hilfreich, um weniger gehörte Stimmen zu stärken, sind dagegen Methoden mit Storytelling-Charakter, bei denen das Ziel ist, mehr über andere Menschen aus der Gruppe zu erfahren. Beispielsweise in dem man mit Handykameras gegenseitig Interviews über Ansichten und Erfahrungen führt.

Soziale Netzwerke nutzen

Soziale Netzwerke stehen aufgrund verschiedenster Entwicklungen in der Kritik. Jedoch ermöglichen sie insbesondere bei der Stärkung weniger gehörter Stimmen Chancen und Potenziale. Im Gegensatz zu klassischen Medien heben Soziale Netzwerke die Grenzen zwischen Sender*in und Empfänger*in auf. Während die klassischen Medien von Profis gestaltet und vom Publikum konsumiert werden, kann man in Sozialen Netzwerken gleichzeitig Produzent*in und Konsument*in sein. Menschen, die sonst wenig Beachtung finden, können über Soziale Netzwerke ihre Standpunkte mitteilen und sich positionieren.

Beispielsweise kann man sogenannte Instawalks oder Instagram-Safaris zu bestimmten Themen durchführen. Dabei werden die Jugendlichen entweder durch eine*n externen Expert*in zu einem Thema durch die Stadt geführt und können die Stationen des Rundgangs auf Instagram festhalten. Oder sie werden selbst zu Expert*innen auserkoren, indem sie über Bilder eine Geschichte aus ihrem Leben oder Umfeld erzählen. Natürlich sind bei solchen Projekten immer vorab Überlegungen zum Thema Datenschutz zu treffen.

Über Podcast-Formate (Internet-Radiosendungen) können Jugendliche ihre eigene Geschichte und ihre Erfahrungen mitteilen oder sich Expert*innen einladen und diese interviewen.

Die Kosten für entsprechende Projekte bleiben oft überschaubar. Die Nutzung der Plattformen ist in der Regel kostenlos. Bilder-Plattformen wie Instagram können per Smartphone bespielt werden, die Jugendliche ohnehin oft besitzen. Auch die Produktion von Podcasts (Internet-Radiosendung) ist mit geringem und günstigen technischen Aufwand möglich. Kameras zum Dreh von Videos, können Träger der Jugendarbeit ausleihen.

Tipp:

In Bremen unterstützt das Servicebureau Träger der Jugendarbeit bei der Erzeugung von Medieninhalten. Neben fachlicher Unterstützung können dort auch Geräte wie Kameras ausgeliehen werden.

Kontakt:
0421 / 33 00 89 10
serviceb@jugendinfo.de

Wichtig ist dabei allerdings darauf zu achten, dass die Jugendlichen mit einem realistischen Erwartungshorizont an entsprechende Projekte herangeführt werden. Auch wenn die Inhalte gut produziert und inhaltlich sinnvoll sind, bedeutet dies nicht automatisch, dass sie im Netz „virale“ Beachtung finden. Im Gegenteil: Fast alles, was ins Netz gepostet wird, geht in der allgemeinen Informationsflut unter, erhält also kaum oder gar keine Beachtung von außen. Der Fokus von Social-Media-Projekten zum Empowerment von marginalisierten Positionen sollte daher auf Selbsterfahrung liegen. Den Jugendlichen sollte der Prozess der eigenen Positionierung Spaß machen, die Reaktionen auf das Projekt von außen sollten allenfalls zweitrangig sein. Sofern man mit einem Projekt darauf abzielt, dass es tatsächlich Feedback von Dritten erzeugt, sollte dies von der Jugendarbeit vorbereitet werden. Beispielsweise indem man die auf Instagram gezeigten Bilder anschließend druckt und in einem Jugend- oder Kulturraum im Stadtviertel zusätzlich eine Ausstellung der Bilder organisiert.

Kooperationen mit Selbstorganisationen suchen

In Bremen gibt es verschiedenste Vereine, die sich für bestimmte Communities einsetzen. Diese können wertvolle Kooperationspartner*innen für die Jugendarbeit sein. Entweder durch kurzfristige Projekte, wie beispielsweise ein Besuch der Vereine oder von deren Veranstaltungen. Oder bestenfalls durch langfristige Kooperationen, bei denen ein regelmäßiger Austausch zwischen verschiedenen Jugendgruppen etabliert wird.

Dadurch nehmen die Jugendlichen nicht nur die Stimmen von Gruppen wahr, die sie bislang nicht oder kaum zur Kenntnis genommen haben. Soziologische Studien, wie beispielsweise die Untersuchungen zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, kommen auch zu dem Ergebnis, dass Kontakt zu anderen Gruppen eines der wirksamsten Mittel ist, um Vorurteile und Ressentiments abzubauen²³.

Nach den Zeitzeugen:

Aufklärung über die Verbrechen der NS-Diktatur

Vor allem seit den 1980er Jahren wird in der Vermittlung der Geschichte der Verbrechen des NS-Regimes in der Schule auf Zeitzeug*innen gesetzt. Die Begegnung zwischen jungen Menschen und Zeitzeug*innen soll dabei ermöglichen durch die persönliche Erzählung die Verbrechen in der NS-Zeit greifbarer zu machen. Diese Art der Annäherung kann dadurch auch einer Distanzierung Vorschub leisten und somit junge Menschen dazu bewegen, sich verstärkt mit den Verbrechen der Nazidiktatur zu befassen.

Aufgrund des fortschreitenden Alters der Zeitzeug*innen werden solche Begegnungen allerdings immer weniger möglich sein. Aufzeichnungen und anderen Dokumentationen von Zeitzeug*innen können zwar kein adäquater Ersatz für persönliche

Begegnungen sein, dennoch wird zukünftig in der Demokratieerziehung und geschichtlichen Didaktik zunehmend auf diese Form der Vermittlung zurückgegriffen werden müssen.

Tipp:

Gedenkstätten bieten verschiedene Bildungsangebote an. Von den Gedenkstätten Neuengamme Sandbostel und Bergen-Belsen werden sowohl eintägige wie auch mehrtägige Bildungsprogramme angeboten:
bergen-belsen.stiftung-ng.de
www.stiftung-lager-sandbostel.de
www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de

Interview: Denkort Bunker Valentin

Der Historiker Dr. Marcus Meyer leitet den Denkort Bunker Valentin im Bremer Norden. Ein Gespräch über historische Bildung nach den Zeitzeugen*innen, Selfies auf Gedenkstätten und die Möglichkeiten, den Denkort in der Jugendarbeit einzusetzen

Der Bunker Valentin nennt sich ausdrücklich nicht Gedenkstätte sondern Denkort. Was unterscheidet diese Begriffe konzeptionell voneinander?

Lange vor der Eröffnung des Denkortes gab es eine Ausstellung über den Ort im Bremer Rathaus. Sie versuchte, den damals militärisch genutzten und damit schwer zugänglichen Bunker im übertragenen Sinne in die Stadt zu holen. Diese Ausstellung nutzte wegen der Nichtverfügbarkeit des eigentlichen Ortes den Begriff „Denkort“. Wir haben diesen Begriff übernommen, einerseits, weil der Begriff „Gedenkstätte“ bei vielen Menschen zum Beispiel meiner Generation der um die 40jährigen eine gewisse Abwehr oder Gleichgültigkeit hervorruft. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen, dazu gehört aber oft eine Übersättigung, hervorgerufen durch die Allgegenwart des Themas Nationalsozialismus in den 80ern und 90ern, gepaart mit Pflichtbesuchen in Gedenkstätten und einer moralisch aufgeladenen Gedenkstättenpädagogik. Die pädagogischen Abteilungen der NS-Gedenkstätten arbeiten längst völlig anders, dennoch scheint sich diese Wahrnehmung noch immer zu halten. Es schien uns deshalb sinnvoll, einen neuen Begriff zu wählen, der nicht mit dem assoziiert wird, was der Leiter der Gedenkstätte Buchenwald, Volkhard Knigge, mal „moralischen Imperativ“ genannt hat.

Die Zeit des Nationalsozialismus liegt nun über 70 Jahre zurück. Immer weniger Zeitzeug*innen können heute von den Verbrechen berichten. Inwiefern wirken sich diese Entwicklungen auf die Erinnerungsarbeit mit Jugendlichen aus?

Das sogenannte Ende der Zeitzeugenschaft ist nach meiner Einschätzung eines der am meisten überschätzten Phänomene, wenn es um die Erinne-

rungsarbeit mit Jugendlichen geht. Die wenigsten Jugendlichen sind während ihrer Schulzeit jemals mit Überlebenden zusammen getroffen. Wenn es doch stattfindet oder stattgefunden hat, dann sind das in der Regel wichtige und berührende Begegnungen, denen allerdings oft die Kontextualisierung fehlt. Solche Gespräche müssen vor und nachbereitet werden, es nützt nichts, von den Erzählungen der Überlebenden emotional berührt zu sein, ohne Hilfe bei der Einordnung zu bekommen. Wer sitzt da eigentlich? Was an der Geschichte ist individuelle Erfahrung, was beschreibt generelle Phänomene und lässt sich verallgemeinern? Wie verändern sich die Erzählungen mit zunehmendem Abstand zu den Ereignissen? Gespräche mit Zeitzeug*innen sind hoch komplexe Ereignisse, die historisches Hintergrundwissen erfordern, die aber auch die Fähigkeit voraussetzen, die Aussagen quellenkritisch zu betrachten. Ein Beispiel: Einer der Zwangsarbeiter aus Farge überlebte, weil der örtliche Arzt auch die Häftlinge in den Lagern medizinisch versorgte, wenn man das so nennen kann. Der Arzt fand diesen Zwangsarbeiter sympathisch und verschaffte ihm Arbeit im heimischen Garten. Keine Schwerstarbeit mehr, Gartenarbeit, Kaffee, besseres Essen. Für diesen einen Häftling ist dieser Arzt der Lebensretter. Und das ist auch so und das berichtet er auch so. Für andere war er ein „Ziegenhüter“, ein abfälliger Begriff für einen Tierarzt, was eher auf das Gegenteil schließen lässt. Beide Betrachtungsweisen sind subjektiv richtig. Aber das muss man vermitteln, da reicht das reine Gespräch nicht aus. Daran hapert es oft schon allein aus Zeitmangel. Die Aussagen der Überlebenden werden auch nicht verschwinden. Seit Jahrzehnten werden sie gesammelt, archiviert, aufbereitet und können in der Arbeit mit Jugendlichen – auch mit Erwachsenen nebenbei – eingesetzt werden. In vielen Fällen könnte es sogar leichter sein, mit den Videos zu arbeiten, weil sich die Kontextualisierung leichter gestaltet, weil unterschiedliche Erzählungen nebeneinander gestellt werden können. Klar, es wird dadurch kognitiver, weniger emotional, aber das muss nicht schlechter sein.

Viel dramatischer ist der Verlust der Überlebenden, wenn es um ihre Rolle als moralische Instanz geht. Viele Gedenkstätten würde es nicht geben, wenn nicht Überlebende ihr moralisches Gewicht in die

Waagschale geworfen und sich für den Erhalt dieser Orte und den Aufbau von Gedenkstätten eingesetzt hätten. Gegen die Überlebenden lässt sich nur schwer Politik machen. Wenn Überlebende Forderungen aufstellen, dann kann man die nicht einfach überhören. Das wird fehlen und das ist auch die große Sorge der letzten Überlebenden, die sie auch in der Erneuerung des Schwurs von Buchenwald und vor kurzem in der Mailänder Erklärung noch einmal deutlich formuliert haben. Sie sind sich sehr bewusst, dass sie nicht mehr lange da sein werden und sie fordern, die Orte ihres Leids und ihrer Verfolgung zu schützen, weil die Orte die letzten Zeugen sein werden.

Auch an den Denkort Bunker Valentin wurde ein Graffiti mit der Botschaft „Stoppt den Schuldskult“ gesprüht. Im Bundestag und den Länderparlamenten sitzen Abgeordnete, die eine Abkehr von der Erinnerungspolitik fordern. Sind geschichtsrevisionistische Thesen heute verbreiteter als vor 10 Jahren?

Das glaube ich nicht, sie sind nur lauter und hörbarer. Den berühmten Schlussstrich zu fordern, revisionistische Aussagen zu treffen, die Wehrmacht rein zu waschen, den NS zu marginalisieren, das gab es die ganze Zeit, aber das hat vor Jahren noch erheblichen Widerstand hervorgerufen. Das tut es oft auch immer noch, aber dieser Widerstand wird von den Urheber*innen dieser Thesen eher als Bestätigung ihrer kruden Verschwörungstheorien und als Beweis für angebliche Denk- und Sprechverbote betrachtet. Und je mehr diese Dinge öffentlich ausgesprochen werden, desto ermutigter fühlen sich wiederum Andere, auch öffentlich solche Positionen zu vertreten. Man überlege sich mal, wegen welcher Aussagen Philip Jenninger damals zurücktreten musste und was heute im Bundestag relativ folgenlos verbreitet wird. Da muss man sich auch nicht wundern, wenn sich Revisionist*innen aufgefordert und legitimiert fühlen, sowas und noch viel Unerträglicheres auch zu sagen.

Welche Aspekte historischer Bildung und Aufklärung können in der räumlichen Umgebung eines Denkortes wie dem Bunker Valentin besser vermittelt werden, als beispielsweise im Klassenzimmer?

Schüler*innen erfahren hier zunächst mal Dinge über Zwangsarbeit, über das Lagersystem mit seinen rassistischen Hierarchien, über Perspektiven von Häftlingen, aber auch den übrigen Beteiligten: Ingenieure, Wachmannschaften, Anwohner*innen. Das alles könnte man theoretisch auch im Klassenraum vermitteln. Was den Ort besonders macht – das gilt nicht nur für den Bunker Valentin, sondern auch

für die ehemaligen KZ oder andere NS-Orte: Der Bunker ist der materielle Beweis dafür, dass es passiert ist. Die Ereignisse liegen fast drei Generationen zurück, aber der Bunker ist noch da, er überbrückt die zeitliche Distanz, wir gehen an die Orte, an denen Dinge passiert sind, an die Betonmischanlage, wo die Zementkommandos geschuftet haben und sagen: Genau hier ist das passiert. Der historische Ort schafft einen Bezug, der in der Schule so nicht gegeben ist.

Ein zweiter Aspekt ist aber mindestens genauso wichtig, wenn nicht sogar wichtiger: Wir sind keine Schule. Wir sind ein bewertungsfreier Raum, in dem Fragen gestellt werden können und sollen. Es gibt kein erwünschtes Sprechen, es gibt keine erwünschten Antworten. Wir versuchen allen Schüler*innen, die hierher kommen, zu vermitteln: Ihr seid willkommen, wir freuen uns, dass ihr da seid, wir würden gerne von Euch hören, was Euch an diesem Ort interessiert, bewegt oder auch nicht interessiert und nicht bewegt. Wir machen keinen zweistündigen Einführungsvortrag zur Geschichte des Ortes. Wir hören erstmal zu, was die Schüler*innen schon wissen oder noch wissen wollen. Und in diesem Dialog vermitteln wir dann die Geschichte. Es gibt am Ende auch keinen Test, was hängen geblieben ist. Sondern eine Feedback-Runde: Hat es Euch gefallen, was fandet ihr gut, was nicht. Wir lernen oft genauso viel, wie die Schüler*innen. Und in einer perfekten Welt würden wir gerne jede einzelne Klasse vor und nach dem Aufenthalt am Denkort besuchen und fragen: Was hat das mit Euch gemacht, an diesem Ort gewesen zu sein. Wenn man diese Orte als Lernorte ernst nimmt, dann müsste man dafür die finanziellen Ressourcen zur Verfügung stellen.

Welche Angebote im Denkort Bunker Valentin können Einrichtungen und pädagogische Fachkräfte der offenen Jugendarbeit nutzen beziehungsweise buchen?

Wir bieten für Gruppen standardmäßig drei- oder fünfstündige Seminare an. Sie beinhalten die schon erwähnten dialogischen Module, Arbeit mit Quellen und mit Zeitzeugenvideos und natürlich die Begehung des Ortes selbst. Generell gilt: Je mehr Zeit wir miteinander hier haben, desto besser. Deswegen bieten wir für Schüler*innen auch nur im allergrößten Notfall die klassische 90-Minuten-Führung an. Für Lehrer*innen und Multiplikator*innen gibt es Fortbildungsformate, die über unser Konzept und die Inhalte informieren, die hier vermittelt werden können. Wir sind aber auch immer für Sonderformate zu haben. Mit einer Oberschule und ihrer Partnerschule aus Haifa haben wir eine Ausstellung entwickelt.

Mit einer anderen Oberschule haben wir eine interdisziplinäre Woche veranstaltet. Ein Geschichts-, ein Bio- und ein Kunstkurs haben sich mit ihrem jeweiligen Schwerpunkt der Geschichte des Ortes genähert. Sehr spannend für alle Beteiligten!

Wichtig bei allem ist: Wir sind kein Allheilmittel gegen Radikalismus. Keine Gedenkstätte kann das leisten. Diese offenbar weit verbreitete Vorstellung, mit Pflichtbesuchen in Gedenkstätten Antisemitismus und andere Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit nachhaltig bekämpfen zu können, ist Unsinn. Wir können in drei oder fünf Stunden oder in seltenen Fällen in einer Woche nicht kompensieren, was in Elternhaus, Schule, in der Gesellschaft insgesamt schief läuft. Solche Phänomene müssen schon in der frühkindlichen Bildung eine Rolle spielen, die Grundlagen für Empathie und Toleranz werden da gelegt, was da nicht passiert, kann man nicht mit einem Besuch in der Gedenkstätte kompensieren. Ich sehe unsere Rolle vielmehr in Empowerment, im Festigen von Menschen, die sich für Toleranz einsetzen. Orte wie der Bunker Valentin sind materielle Beweise für das, was passiert, wenn sich eine ganze Gesellschaft von Solidarität, Empathie und Respekt gegenüber wie auch immer definierten Minderheiten verabschiedet. Wir können sensibilisieren für die Bedeutung von schleichenden Prozessen der Ausgrenzung, für die Anfänge, für die Möglichkeiten zur Intervention, bevor Ausgrenzung zur Staatsraison oder zu akzeptiertem Verhalten wird. Manchmal schaffen wir es auch, Menschen neugierig oder nachdenklich zu machen. Und das ist keine kleine Rolle, die wir da spielen können. Aber wir sind eben auch kein Allheilmittel und schon gar kein Alibi für gesamtgesellschaftliche Versäumnisse.

Auf der Homepage des Bunker Valentins steht, der Denkort sei kein sogenannter „Lost Place“, also Fotomotiv für Hobbyfotografen. Mit einer Gruppe Jugendlicher dort eine Art „Instawalk“ durchzuführen, ist also keine gute Idee?

Doch, klar ist das eine gute Idee, wir bieten so etwas auf Anfrage auch an, nur dass das dann Fotospaziergang heißt und nicht zwingend in irgendwelchen Sozialen Netzwerken landet. Das Konzept der „lost places“ oder auch des immer beliebteren „dark tourism“ arbeitet ja vor allem mit dem Aspekt des Verschwundenen, Verlorenen und neu Entdeckten, eher im Sinne von Indiana Jones. Das Mystische, Geheimnisvolle, der Thrill steht da im Vordergrund, nicht die Geschichte z.B. der Zwangsarbeiter am Bunker „Valentin“. Bei den Fotospaziergängen geht es eher darum, den Teilnehmer*innen zu sagen: so hier ist die Kamera, erkundet den Ort und wenn ihr etwas spannend findet oder etwas seht, was ihr Euch nicht

erklären könnt, dann macht ein Foto und dann treffen wir uns hinterher und sprechen darüber. Das ist eine Form der dialogischen Vermittlung, des Entwickelns von Fragen und des miteinander Sprechens. Ich habe auch nichts gegen Selfies generell. Wenn jemand ein Selfie macht, an einem solchen Ort, dann sagt das erstmal noch nichts über die Einstellung gegenüber einem solchen Ort aus, das muss nicht zwingend Ausdruck von Respektlosigkeit sein. Vielen mag das unangemessen vorkommen, aber letztlich ist das auch eine Generations- bzw. Altersfrage. Vielleicht führt eine angemessene Vorbereitung eines solchen Besuchs ja auch dazu, dass jemand sagt, nein, Selfie ist hier unangemessen. Aber dann ist es Ergebnis des eigenen Nachdenkens und der eigenen Auseinandersetzung, nicht eines vielleicht zunächst unverständlichen Verbotes oder, siehe oben, eines moralischen Imperatives. Und da hat am Ende jede Generation das Recht, einen eigenen Zugang zu solchen Orten und der damit verbundenen Geschichte zu finden. Keine Generation hat sich jemals vorschreiben lassen, wie sie erinnern will, schon mal gar nicht diejenigen, die sich gerade am meisten über Selfies oder springende Menschen im Stelenfeld des Holocaustmahnmals in Berlin echauffieren. Es gibt allerdings auch Grenzen, die eingehalten werden sollten. Das Museum Auschwitz-Birkenau bittet z.B. explizit darum, keine Fotos von den Gaskammern und Krematorien zu machen. Das tun sie nicht ohne Grund, da geht es um den Respekt vor den Opfern, dem Ort ihres Sterbens und um Rücksicht gegenüber den Angehörigen. Es gibt wenige Verbote in den Gedenkstätten, wenn ja, steckt in der Regel ein langer Prozess dahinter und dann sollte das auch respektiert werden.

Der Denkort Bunker Valentin ist ein Ort innovativer pädagogischer Ansätze zur Vermittlung von Geschichte und historischem Bewusstsein. Hierfür wurde ein breites Angebot entwickelt. Dieses beinhaltet verschiedenste Formate von Überblicksführungen und thematischen Rundgängen durch den Bunker und über das ehemalige Gelände der Baustelle, über Selbstführungen, mehrstündige Projektstage und mehrtägige Projekte.

*E-Mail: seminare@bunkervalentin.de oder
Telefon: 0421/69673670 (Dienstag bis Donnerstag
10-16 Uhr)*

Quellen und Anmerkungen:

- 1) Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF): Der Begriff wurde durch eine Langzeitstudie des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld etabliert. In der Studie wurden systematisch verschiedene Abwertungsformen untersucht und unter dem Syndrom der GMF zusammengefasst. Die Studie umfasst folgende Elemente: Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Homophobie, Abwertung von Obdachlosen, Abwertung von Behinderten, Islamfeindlichkeit, Sexismus, Etabliertenvorrechte, Abwertung von Langzeitarbeitslosen, Abwertung von Asylbewerbern und Antiziganismus. Das letzte Band der Studie erschien 2011: Heitmeyer, Wilhelm (2011): Deutsche Zustände - Folge 10.
- 2) Röpke, Andrea (2018): 2018. Jahrbuch Rechte Gewalt- Hintergründe, Analysen und die Ereignisse 2017. Chronik des Hasses.
- 3) Oppel, Jan (2017): Nach Farbanschlag. Synagoge in Bremerhaven soll videoüberwacht werden. (https://www.weser-kurier.de/bremen/bremen-stadt_artikel,-nach-farbanschlag-synagoge-in-bremerhaven-soll-viderouewerwacht-werden-_arid,1675324.html).
- 4) Brandt, Michael (2017): Rechte Schmiererei am Bunker Valentin (https://www.weser-kurier.de/region/die-norddeutsche_artikel,-rechte-schmiererei-am-bunker-valentin-_arid,1676927.html).
- 5) Montag, Marie (2016): „Kampf der Nibelungen“ Eine Sportveranstaltung von und für Neonazis (<http://www.belltower.news/artikel/kampf-der-nibelungen-eine-sportveranstaltung-von-und-f%C3%BCr-neonazis-11267>).
- 6) Der Link führt zum Interview mit FLAK im rechtsextremen Szenemagazin Mälmannen: (<https://www.maalmannen.no/2016/03/interview-mit-flak/>).
- 7) Senator für Inneres (2018): Verfassungsschutzbericht 2017 (https://www.senatspressestelle.bremen.de/sixcms/media.php/13/20180618_Verfassungsschutzbericht.pdf).
- 8) Bruns, Julia/ Gösel, Kathrin/ Strobl, Natascha (2017): Die Identitären – mehr als nur ein Internet-Phänomen (<http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/241438/die-identitaeren-mehr-als-nur-ein-internet-phaenomen>).
- 9) Zu deutsch: Identitäre Generation (französisches Pendant der IB).
- 10) Facebook hat inzwischen die Accounts der „Identitären Bewegung“ gelöscht.
- 11) Bremische Bürgerschaft (2017): Neonazistische Gruppierung „Identitäre Bewegung“ und sogenannte neu-rechte Netzwerke in Bremen. Antwort des Senats auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE: (https://www.bremische-buerger-schaft.de/drs_abo/2017-07-05_Drs-19-1144_c8ad3.pdf).
- 12) Kellersohn, Helmut (2016): „Es geht um Einfluss auf die Köpfe“ – Das Institut für Staatspolitik (<http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/230002/es-geht-um-einfluss-auf-die-koepfe-das-institut-fuer-staatspolitik>).
- 13) Gemeint ist das Buch „Der große Austausch“ des neurechten Autors Renaud Camus.
- 14) Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (2017): JIM 2017. Jugend, Information, (Multi-) Media. Basisstudie zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger in Deutschland: (http://www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/JIM/2017/JIM_2017.pdf).
- 15) Belltower (2017): Bremen 2017: Rechtsextremismus in Fußball und Musik (<http://www.belltower.news/artikel/bremen-2017-rechtsextremis->

mus-fu%C3%9Fball-und-musik-13065).

- 16) Kohrs, Camilla (2016): Die Medien der Neuen Rechten, Teil 2: Das Magazin „Compact“ (<https://correctiv.org/recherchen/neue-rechte/artikel/2016/12/28/medien-compact-juergen-elsaesser/>).
- 17) Kohrs, Camilla (2016): Die Medien der Neuen Rechten, Teil 1: Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (<https://correctiv.org/recherchen/neue-rechte/artikel/2016/12/27/medien-junge-freiheit/>).
- 18) Eickelmann, Jennifer (2017): »Hate Speech« und Verletzbarkeit im digitalen Zeitalter. Phänomene mediatisierter Missachtung aus Perspektive der Gender Media Studies.
- 19) Kampf, Lena (2018): Wie rechte Internet-Trolle versuchten, die Bundestagswahl zu beeinflussen (<https://www.sueddeutsche.de/politik/manipulation-im-netz-wie-rechte-internet-trolle-versuchten-die-bundestagswahl-zu-beeinflussen-1.3875073>).
- 20) Runter von der Matte (2017): Sport Frei – Extremsport (<https://runtervondermatte.noblogs.org/sport-frei-extremsport/>).
- 21) Adusei-Poku, Nana/Shooman, Yasemin (2012): Mehrdimensionale Diskriminierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 16–17, S.49.
- 22) Dieses Phänomen ist in der Soziologie schon häufig beobachtet worden. Beispielsweise stellte der Soziologe William Foote Whyte es bei seinen Untersuchungen über kleinräumige Sozialstrukturen fest: William Foote Whyte (1981): Street corner society. The social structure of an Italian slum.
- 23) Steinbeißer, Dominik/Bader, Felix/Ganser, Christian/Schmitt, Laila (2013): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in München (https://www.ls4.sozioogie.uni-muenchen.de/aktuelle_forschung/abgeschlos_forschungsprojekte/gmf/bericht_gmf_18_10_2013.pdf).

Impressum:

Herausgeberin und V.i.S.d.P.:

Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit e.V. / pro aktiv gegen rechts – Mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven

Redaktion: Fabian Jellonnek, Pit Reinesch
Gestaltung: achtsegel.org – Büro für demokratische Kommunikation und politische Bildung im Netz | Fabian Jellonnek
Bildnachweise: Seite 5,12: „Designed by Freepik“
Seite 13: „Designed by Makyzz / Freepik“
Seite 36-37: © Harald Schwörer, photein.de
Seite 5, 8, 11, 12, 13, 15, 22, 26, 31,32: achtsegel.org | Fabian Jellonnek

Copyright: pro aktiv gegen rechts – Mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven
VAJA e. V.
Bornstraße 14/15
28195 Bremen
0421-96038493
proaktiv@vaja-bremen.de
www.demokratiezentrum.bremen.de
www.vaja-bremen.de
www.facebook.com/pro.aktiv.gegen.rechts

Nachdruck, auch in Teilen, nur nach schriftlicher Genehmigung durch pro aktiv gegen rechts – Mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven.

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ bzw. des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor bzw. tragen die Autoren die Verantwortung.